

Vorarbeit zum „Kapital“

Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 44 [Ökonomisches Manuskript 1861-1863, Teil II], Dietz Verlag, Berlin 2018, XXVIII, 532 S., 4 Abb., 24,90 Euro.

2018 erschien der 44. Band der 1956-1968 im Dietz-Verlag Berlin herausgegebenen und auch international berühmt gewordenen Edition der Werke (MEW) von Karl Marx und Friedrich Engels, umgangssprachlich bekannt als „die blauen Bände“ (39 Bände in 41 Büchern plus ein Ergänzungsband in zwei Büchern). Diese Edition hat in der DDR (und auch für die Linken in der Bonner BRD) eine große Rolle gespielt. Sie war die Textgrundlage z. B. für die Ausgaben in Japan, Vietnam und anderen Ländern. Auf ihrer Grundlage wurde das 15 Bände umfassende Marx-Lexikon des Otsuki-Verlages Tokyo zur Politischen Ökonomie erarbeitet, das parallel die Texte von Marx und Engels in japanischer und deutscher Sprache bietet.¹

Die Forschungsarbeiten an der ab 1975 erscheinenden zweiten historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) ermöglichen und ermöglichen eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung der MEW. Der Ergänzungsband Schriften von Karl Marx bis 1844, Erster Teil erhielt die Band-Ziffer 40; der Ergänzungsband Schriften von Friedrich Engels bis 1844, Zweiter Teil erhielt die Band-Ziffer 41.

¹ Siehe Eike Kopf, Vierzigbändige Marx-Engels-Werkausgabe in Japan abgeschlossen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 4/1977, S. 681 f.; ders., Ein „Marx-Lexikon“ in Japan. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1/1972, S. 86 ff.

Zum 100. Todestag von Karl Marx kam 1983 der Band 42 heraus, beinhaltend Karl Marx' Ökonomische Manuskripte 1857/1858 – auch als erster Rohentwurf des „Kapitals“ bezeichnet. Nachdem 1857 die ökonomische Krise ausgebrochen war, hoffte Marx auf eine proletarische Revolution, wofür er die ökonomische Theorie beisteuern wollte. Er schrieb an Engels im Dezember 1857: „Ich arbeite wie toll die Nächte durch an der Zusammenfassung meiner ökonomischen Studien, damit ich wenigstens die Grundrisse im klaren habe bevor dem déluge [der Sintflut].“² Daher ging dieser Entwurf als „Grundrisse der politischen Ökonomie“ in die Marx/Engels-Literatur ein. 1953 gab das Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau im Dietz Verlag Berlin den respektablen Band „Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“ (1101 Seiten) heraus, der wie die seit 1927 erschienenen 12 Bände der ersten historisch-kritischen MEGA gestaltet und 30 Jahre lang eine unerlässliche Edition neben den Bänden der MEW war.

1990 erschien in Band 43 der MEW der erste Teil, 2018 in Bd. 44 nun der zweite Teil des Manuskripts „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, das Marx von August 1861 bis Juli 1863 erarbeitet hat und das auch als zweiter Rohentwurf des „Kapitals“ bezeichnet wurde. Der größte Teil dieses Manuskripts mit dem Titel „Theorien über den Mehrwert“ war bereits im Anschluss an die drei „Kapital“-Bände 23-25 als Band 26.1, 26.2 und 26.3 der MEW erschienen, denn sie sollten nach Marx' Ankündigung im Vorwort

² Marx an Engels, 8.12.1857. In: MEW 29, S. 225.

der 1. deutschen Auflage des ersten Bandes des „Kapitals“ 1867 als Band IV erscheinen.³

Der genannte Band 44 wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegeben. Die editorische Bearbeitung des Textes erfolgte bis 1991 von Gerda Lindner und Hildegard Scheibler, anschließend von Rolf Hecker (russische und japanische MEGA-Bearbeiter unterstützend), der auch mit Ingo Stütze die Kommentierung, mit Jürgen Jungnickel und Christine Krauss die Korrekturen sowie mit Ulrich Leicht die Digitalisierung des Textes besorgte.

Der Band enthält also im Anschluss an Band 43 der MEW den letzten Teil des genannten Marx'schen Manuskriptes „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ und stützt sich auf die originalsprachige Edition des Manuskriptes im Band II/3 (in 6 Teilen) der MEGA². Das schlug sich in den Anmerkungen, im Literaturverzeichnis, im Personenverzeichnis und im Sachregister nieder. Hilfreich für die Marx-Engels-Forschung ist auch das „Verzeichnis des Manuskripts 1861-1863 ‚Zur Kritik der politischen Ökonomie‘ (23 Hefte) und seine Veröffentlichung in der MEGA² (chronologisch) und den MEW (thematisch)“ auf den Seiten 526-530.

Der vorliegende Band, dessen Druck durch eine Reihe Spender (S. V) ermöglicht wurde, ist wissenschaftlich bedeutsam. Es sei daran erinnert, dass die MEGA² eine *originalsprachige* Edition ist. Etwa zwei Drittel des literarischen Nachlasses von Marx und Engels existieren in deutscher Spra-

che, ein Drittel ist in Abhängigkeit von ihren studierten Quellen oder Korrespondenzpartnern fremdsprachig. Die MEW sind – die Ergebnisse der Arbeit an der MEGA¹ und MEGA² nutzend – die größte *deutschsprachige* Ausgabe des literarischen Schaffens von Marx und Engels.

Eike Kopf

Lenin, ein Klassiker der Staatstheorie

Wladimir Iljitsch Lenin, Der Marxismus über den Staat. Staat und Revolution. Kritische Neuauflage mit Essays von Hermann Klenner und Wolfgang Küttler, herausgegeben und kommentiert von Wladislaw Hedeler, Volker Külow und Manfred Neuhaus, Verlag 8. Mai GmbH, Berlin 2019, 423 S., 24. 90 Euro

Der Berliner Verlag 8. Mai setzt seine verdienstvolle Reihe kritischer Neuauflagen von Schriften Lenins als wesentliche Zeugnisse marxistischen Denkens im Zeitalter des Imperialismus mit einer exzellenten und reich kommentierten Edition der beiden wichtigsten Werke zur Staats- und Revolutionstheorie fort. Sie entstanden im direkten Anschluss an Lenins Imperialismus-Theorie während des ersten Weltkriegs und der russischen Revolution zwischen Dezember 1916 und September 1917.

Bevor der Leser zu Lenins dokumentarischer Materialsammlung „Der Marxismus über den Staat“ und zu dem daraus hervorgegangenen Werk „Staat und Revolution“ vordringt, bietet der Verlag (allerdings anonym) selbst eine Einführung (IX-XXXIII), die auf die wesentlichen Inhalte des Werks allge-

³ Siehe MEGA² Bd. II/5, S. 14, Zeile 40.

meinverständlich aufmerksam macht. Es folgen zwei Essays, die Lenins staats-theoretische Schriften in den rechts- und staatsphilosophischen Diskurs einordnen.

Hermann Klenner (1-23) untersucht den Stellenwert der Schrift „Staat und Revolution“ in der Ideengeschichte der Menschheit. Er kommt zu dem Schluss, „das politisch wichtigste Werk“ Lenins (2) verschaffe ihm einen festen Platz in der Weltgeschichte der politischen Ideen. Er ordnet Lenin als „Klassiker“ in die Reihe von rund dreißig „politischen Großdenkern“ ein, deren Namen und bedeutendste Werke von der Antike bis in das 20. Jahrhundert er auflistet.

Zugleich verweist Klenner pointiert auf die Unterschiede, Besonderheiten und Gegensätzlichkeiten der theoretischen Arbeit Lenins im Vergleich zur Mehrheit anderer Theoretiker. So habe er „Staat und Revolution“ nicht verfasst, um eine eigene Theorie zu kreieren, sondern um die Lehre von Marx und Engels wiederherzustellen. Lenin schrieb, um die opportunistischen Auffassungen über den Staat anzugreifen, sie mit den Positionen von Marx und Engels zu widerlegen und diese für eine mögliche proletarische Revolution nutzbar zu machen. Dabei habe er freilich nicht die „intellektuellen Voraussetzungen und Wege“ (9) berücksichtigt, die Marx' Theorie reifen ließen, auch nicht die Differenzierungen zwischen dem Früh- und Spätwerk von Marx und Engels. Im Unterschied zu den meisten anderen Theoretikern, die nicht als Politiker agierten und mit intellektuellen Gegnern in der Sache streng urteilend zugleich respektvolle Auseinandersetzungen führten, habe

Lenin seine Gegner „nicht als andersdenkende, sondern als Nichtdenkende, als sich außerhalb jedes möglichen Meinungsstreits Befindende behandelt, nicht als wissenschaftliche Gegner, sondern als politische Feinde“. (10) So sei die Schrift nicht eines Dialogs wegen entstanden, sondern als Barriere für andere, sich mit Andersdenkenden in einen Diskurs einzulassen. Die polemische Schroffheit der Polemik Lenins entsprach dem jeder Revolution zeitweilig eigenen Entweder-Oder. Lenins Alleinstellungsmerkmal unter allen anderen Staatstheoretikern bestand eben darin, dass er nicht nur eine Theorie vertrat, sondern auch Führer einer revolutionären Bewegung war, die sie praktizieren sollte.

Klenner betont, Revolutionen ohne Rechtsbrüche könne es nicht geben; in Revolutionen siege die historische Legitimität über die juristische Legalität. Gleichwohl kritisiert er prinzipiell Lenins Position zum sozialistischen Recht, in dem Rechte des Individuums kaum eine Rolle spielen, sowie zur Gewalt als Mittel der Politik.

Wolfgang Küttler (25-48) erörtert „Staat und Revolution“ im Kontext von Lenins Konzeption des Übergangs zum Sozialismus. Er verweist auf die Zusammenhänge zwischen Krieg und Revolution für die Genesis der Leninschen Revolutions- und Staatskonzeption sowie auf die konkreten historischen Umstände, unter denen „Staat und Revolution“ zur theoretischen Begründung des Kurses auf die gewaltsame Eroberung der Macht durch die Bolschewiki wurde. Sie implizierten den Übergang von einer rätesozialistischen Macht zu einer „Zentralisierung der

Politik in den Händen der herrschenden kommunistischen Partei“, wodurch schließlich die basisdemokratischen „Räte als Organe von unten kaltgestellt“ wurden. (31) Aus dem Gegensatz zwischen der Bereitschaft zu flexiblen ökonomischen und sozialen Veränderungen und der Berufung auf den Volkswillen einerseits und dem rigorosen Festhalten an den Prinzipien einer Diktatur des Proletariats, die alle Formen bürgerlicher Demokratie und entsprechende Rechtsverhältnisse ausschlossen, resultierten die Widersprüche in der von Lenin geprägten Entwicklung des aus der Revolution hervorgehenden Staatssozialismus.

Küttler weist überzeugend nach, dass Lenin aus dem theoretischen Erbe von Marx ein stringentes System politischer Anleitung für die Revolution und die aus ihr resultierende Diktatur des Proletariats filtrierte, das schwerwiegende Folgen für die Verwandlung einer Räte Demokratie in eine Parteidiktatur zeitigte. Küttler gibt Einblick in die Wandlungen der demokratietheoretischen Auffassungen Lenins und zeigt deren realhistorische Hintergründe. Ebenso rigoros wie auf die Konterrevolution reagierte Lenin auf Zweifel und Widerstände in den eigenen Reihen. Trotz seiner Warnung vor Willkür, Rücksichts- und Maßlosigkeit der Funktionsträger in Partei und Staat, die weniger administrieren, sondern vielmehr fähig sein sollten, Menschen zu überzeugen, erleichterten es die von ihm inaugurierten Staatsstrukturen Stalin, Willkür ins Maßlose zu steigern.

Die Essays von Herman Klenner und Wolfgang Küttler sind nachdenkliche Beiträge zur erforderlichen Rezepti-

onsdebatte der Linken über die Frage, ob und wie angesichts der Entwicklung des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts auf Lenins theoretische Hinterlassenschaft zurückgegriffen werden kann, auch wenn – wie Küttler zutreffend schreibt – „Lenins Antworten im Einzelnen nicht mehr zeitgemäß sind oder angesichts ihrer Folgen distanzierte Kritik erfordern.“ (48)

Da hier nicht Lenins staatstheoretische Arbeiten besprochen werden, sondern ihre kritische Neuausgabe, sei hervorgehoben, dass die an den hohen editorischen Ansprüchen der MEGA orientierte textkritische Wiedergabe exzellent akribisch erfolgt und erklärt wird. Überdies geben die im Anhang veröffentlichte frühe Rezension Nikolai Bucharins von „Staat und Revolution“ und Lenins Entgegnung sowie die Schrift von Julius Martow „Marx und das Problem der Diktatur des Proletariats“ zusätzliche Denkanstöße für die kritische Lektüre der Lenin-Texte.

Mit hochintensiver Informationsdichte und geradezu spannend schildern Wladislaw Hedeler und Volker Külöw als Abschluss des Bandes die schwierige und dramatische Entstehung der edierten Arbeiten Lenins. Sie informieren ausführlich über ihre Verbreitung in russischer und deutscher Sprache zwischen 1918 und der Mitte der 1930-er Jahre. Sie heben vor dem Hintergrund der Hoffnungen der Bolschewiki auf eine Revolution in Deutschland Lenins persönlichen Einsatz für rasche Übersetzungen ins Deutsche hervor, die er für die Auseinandersetzung mit Kautskys Kritik an der russischen Revolution für besonders vordringlich hielt. Sie dokumentieren die

Verbreitungsgeschichte in den Niederlanden, Frankreich, Finnland und Ungarn und Reaktionen in der Debatte des internationalen Sozialismus, die bis heute im Spannungsverhältnis der Begriffe Demokratie und Diktatur geführt wird. Daraus erwachsen manche Anregungen für die moderne Rezeption, so z. B. die Überlegungen von David Rjasanow, der mit großem Respekt vor der Leistung Lenins auch die Defizite seiner Theorie kenntlich machte und es zur Aufgabe der Zukünftigen erklärte, „das große und geniale Buch... zu Ende zu schreiben“. (352) Dass es nicht dazu kam, erklären die Autoren überzeugend aus der Dogmatisierung und Instrumentalisierung der Theorie Lenins unter der Ägide Stalins, der den „Leninismus“ frühzeitig kanonisierte. Debatten über Lenins Arbeiten wurden danach als Revisionismus denunziert. Es galt eine Rezeptionslinie, die sehr lange fortwirken sollte.

Die Herausgeber komplettieren ihr Buch durch mehrere spezifizierte Verzeichnisse der Quellen und Literatur. Sie fügen ihm ein annotiertes Personenregister bei und einen Quellennachweis für die den Band instruktiv schmückenden Abbildungen. Die 30 Bildtafeln sind eine besondere Zierde des Buches. Sie zeigen vor allem Porträts, Faksimile von Handschriften Lenins und Zeitungsausschnitten aus der Zeit der Entstehung von „Staat und Revolution“ sowie Titelbilder von Erstausgaben.

Die kritische Neuausgabe der staats-theoretischen Schriften Lenins bereichert nicht nur den Fundus für Debatten zur Lenin-Rezeption in Ge-

genwart und Zukunft, sondern öffnet jedem Interessierten infolge ihrer Allgemeinverständlichkeit einen Zugang zu aktuellem, an Marx orientierten Denken.

Gerhard Engel

Opulenz mit kleinen Fehlern

Ernst Piper, Rosa Luxemburg. Ein Leben. 2. Aufl., Karl Blessing Verlag, München 2019, 832 Seiten, 32,00 Euro.

Leben und Werk Rosa Luxemburgs dürfen mittlerweile als gut erforscht gelten. Bereits einer ihrer Zeit- und Kampfgenossen, Paul Frölich, hatte eine Biographie vorgelegt. Es gibt die mehrbändige Ausgabe von Luxemburgs Werken und Briefen. Standardarbeiten der Forschung, zugleich umfassende Gesamtdarstellungen, wurden von Peter Netti und Annelies Laschitza erstellt. Hinzu kommen fundierte Detailuntersuchungen, wiederum von Laschitza (die auch eine Luxemburg-Editorin war), sowie u.a. von Ottokar Luban, Holger Politt und Feliks Tych.

Aus all diesen Materialien schöpft eine Fülle von Verwertungen. Hierher gehören Theaterstücke, Filme, eine schöne Graphic Novel (von Kate Evans) und immer neue Versuche politischer Aktualisierungen (z.B. von Michael Brie, Dietmar Dath, Frigga Haug). Von Joan Robinson bis Ingo Schmidt fanden und finden immer wieder einmal Anläufe statt, die Wirtschaftswissenschaften durch Luxemburg zu vitalisieren. Hannah Arendt suchte Anschlussstellen für ihre politische Philosophie.

Es liegt nahe, dass auf den Schultern

so vieler Vorläufer(innen) und angesichts des immer reichhaltiger gewordenen Materials auch neue Gesamtdarstellungen entstehen. So wie Caesar, Goethe, Napoleon, Bismarck und Marx könnte jetzt auch Luxemburg zu den Objekten der Selbstverständigung aufeinander folgender Generationen gehören. Neueste Beispiele für dieses Genre sind Max Gallo (1992) und nunmehr „Rosa Luxemburg. Ein Leben“ von Ernst Piper.

Das letztgenannte Buch enthält genau das, was der Untertitel verspricht: eine Lebensbeschreibung. Privates und Politisches werden ungewichtet nebeneinandergestellt. Eine gewisse Schwerpunktbildung findet sich gegen Ende hin in der Behandlung von Luxemburgs Stellung zur Oktoberrevolution. „Die Akkumulation des Kapitals“ fehlt keineswegs, ist aber im Unterschied hierzu eher ein Gegenstand unter anderen. Der Autor hat Archivstudien betrieben, vor allem jedoch stützt er sich auf die gedruckten Schriften Rosa Luxemburgs einschließlich der postum herausgegebenen Briefe. Zugleich verfügt er über umfassende Kenntnisse der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1871 und 1919, die ja ebenfalls breit erforscht ist.

Ernst Piper verbindet persönliche Empathie mit liberalem Abstand zu den politischen Auffassungen Rosa Luxemburgs im Unterschied zum zeitweilig gängig gewordenen „Denn sie war unser!“. In der Beurteilung der Novemberrevolution hält er Äquidistanz zwischen ihr und Gustav Noske, ebenso bei der Einschätzung der Vorgänge im Hotel Eden am Abend des 15. Januar 1919 zwischen Waldemar Pabst und Wilhelm Pieck:

„Beide Darstellungen sind nicht unbedingt glaubwürdig.“ (671)

Der Anspruch dieses Buchs liegt nicht im Forschungsertrag oder der politischen Akzentuierung, sondern in der literarischen Vermittlung. Neue Sichtweisen auf Rosa Luxemburg enthält es nicht, allerdings einige interessante Trouvaillen, darunter den vollen Wortlaut des letzten Briefes von Konstantin Zetkin an Rosa Luxemburg vom Januar 1919, auf den Piper von Ottokar Luban hingewiesen wurde. (670; 781)

Insgesamt handelt es sich um eine flott geschriebene, opulente populärwissenschaftliche Darstellung auf dem neuesten vorgefundenen Forschungsstand, zugleich um ein Jubiläumsbuch anlässlich des 100. Todestags, mit viel personal interest story.

Auf einige Ungenauigkeiten sei hingewiesen:

S. 30: „Rosa Luxemburg fühlte sich am wohlsten unter ihresgleichen, unter Sozialisten, die aus jüdischen Familien stammten, die aber die Welt der jüdischen Gemeinden hinter sich gelassen hatten.“ Genannt werden Leo Jogiches, Paul Levi, Wladislaw Feinstein „und Parteifreunde wie Alexander Parvus und Karl Kautsky“ (30). Letzterer war, anders als vielfach angenommen, nicht jüdischer Abkunft.

Über Polen in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts schreibt der Verfasser: „Um die Position der Szlachta dauerhaft zu schwächen, verfolgte die zaristische Regierung eine Politik der Emanzipation der Agrarbevölkerung.“ (34) sowie S. 93: „Nach der Niederwerfung des Januaraufstands [1863/64. G.F.] förderten die Russen die Bauernbefreiung, um so die Position der

Szlachta zu schwächen und weitere Aufstandsversuche unmöglich zu machen.“ Dies war aber keineswegs eine polnische Angelegenheit allein, sondern Teil der von Alexander II. durchgeführten Bauernbefreiung im gesamten Zarenreich.

Auf Seite 105 schreibt Piper von der „Bewilligung der Ehe [Rosa Luxemburgs, G.F.] durch den Regierungspräsidenten von Preußen“. Es gab in Preußen regionale Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, aber keinen „Regierungspräsidenten von Preußen“ für die gesamte Monarchie.

Auf Seite 189 steht: „Eduard Bernstein, der nicht von Karl Marx herkam, sondern von Ferdinand Lassalle“. Bernstein war vor 1875 nicht Mitglied des von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sondern der von August Bebel und Wilhelm Liebknecht geführten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

S. 403: „Aus Bremen kamen so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Wilhelm Liebknecht, Alfred Henke, Wilhelm Pieck, Friedrich Ebert und Heinrich Schulz“. Von einem längeren Aufenthalt Wilhelm Liebknechts in Bremen ist nichts bekannt.

Mehrmals (z.B. S. 496, 501, 708 und im Register S. 831) wird ein Heinrich Strobel erwähnt. Gemeint ist wohl der bekannte Funktionär Heinrich Ströbel (1869-1944; zutreffend: 262; 518).

S. 623: „Der Rat der Volksbeauftragten wiederum sollte der Beauftragte des Vollzugsrates bei der politischen Umsetzung der von den Arbeiter- und Soldatenräten formulierten Ziele sein und in Erfüllung dieses Auftrags die Regierung, d.h. den Rat der Volksbeauftragten kontrollieren.“ Dieser Satz,

wonach der Rat der Volksbeauftragten den Rat der Volksbeauftragten kontrollieren sollte, hat offensichtlich keinen Sinn. Hier hat wohl das Lektorat nicht aufgepasst.

S. 632/633: „Kurz zuvor hatte Luxemburg geschrieben, Deutschland gehe mit der sozialen Revolution schwanger, hier war nun von der Geburt der USPD die Rede. Solche Metaphern finden sich immer wieder bei ihr. Sie sind zweifellos ein unbewusster Ausdruck ihres unerfüllt gebliebenen Kinderwunsches.“

Geburts- und Schwangerschaftsmetaphern finden sich bekanntlich bei Karl Marx an markanter Stelle: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind“ (MEW 13, S. 9). „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ (MEW 23, S. 779 = Neue Textausgabe von Thomas Kuczynski, S. 682) Diese Bilder entsprechen dem dialektischen Argumentationsduktus von Hegel. Rosa Luxemburg hat Marx und Hegel gelesen.

Auf Seite 641 positioniert der Autor den Reichstagsabgeordneten Max Cohen-Reuß zusammen mit Ernst Däumig auf dem „minoritären linken Flügel der Unabhängigen“. Er stand aber auf der rechten Flanke einer anderen Partei, nämlich der MSPD – und zwar so weit rechts, dass es sogar dem Burgfriedenspolitiker Eduard David (ausweislich seines Kriegstagebuchs)

manchmal zu arg wurde. Eine Seite später sieht das auch Ernst Piper richtig: „Dagegen wurde der Antrag von Max Cohen (SPD) [recte: MSPD, G.F.], am 19. Januar 1919 eine Nationalversammlung zu wählen, mit großer Mehrheit angenommen“ (642).

S. 665: „Der Zentralaussschuss der KPD schrieb einen Brief an die Revolutionären Obleute, und die USPD beklagte, dass beide Organisationen sich erneut ‚gegen unsern heftigen Widerspruch auf die verschleppenden, verwirrenden, demoralisierenden, lähmenden Verhandlungen mit den Ebert-Scheidemann eingelassen haben.““ Die KPD schrieb etwas Anderes: Sie kritisierte, dass Revolutionäre Obleute und USPD sich ihrer Meinung nach zu weit mit der MSPD einließen.

Diese Ausstellungen berühren nicht den Kern des Buches: ein Lebensbild zu geben. Dies ist vielleicht derzeit, angesichts eines verbreiteten Desinteresses an Marxismus und Arbeiterbewegung, der einzig mögliche Zugang zu Rosa Luxemburg für neue Leserinnen und Leser und insofern verdienstvoll.

Georg Fülberth

Rechtspopulismus

Cornelia Koppetsch, Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, transcript Verlag, Bielefeld 2019, 283 S., 19,99 Euro.

„Populismus“, bzw. der zumeist gemeinte Rechtspopulismus, ist in aller Munde, seit er in vielen Ländern Europas, in Nord- und Südamerika, selbst in Asien im Vormarsch (bis hin zur Regierungsgewinnung) beg-

riffen ist und ein Ende dieser politischen Konjunktur sich noch gar nicht absehen lässt. Mit Verspätung haben die Sozialwissenschaften (zumindest hierzulande) auf dieses Phänomen reagiert; dafür aber geschieht dies nun umso intensiver: Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht eine oder zwei entsprechende Buchpublikationen dazu erscheinen. Allerdings hat sich das sog. „Gesetz der Dialektik“, wonach irgendwann ein Umschlag von Quantität in Qualität erfolgen müsse, auf diesem Feld (noch) nicht bewahrheitet. Denn die meisten Arbeiten verharren auf der Oberfläche: Sie beschreiben personalistisch die teils exzentrischen Handlungen und Attitüden der „populistischen Führer“, den „Irrationalismus“ bzw. die Vergangenheitsverhaftung ihrer Nachfolger und Wähler, die Nichtbefolgung demokratischer Urgebote und Spielregeln (z.B. den Anti-Pluralismus, den mangelnden Minderheitenschutz sowie den Respekt von Menschenrechten in ihren Äußerungen und Programmatiken), die beständige Neigung zur Provokation und zum Tabubruch etc. Allenfalls wird eine scheinbar plötzliche „Krise der Repräsentation“, die Häufung von Wirtschaftskrisen seit 2007/08 sowie die nachfolgende Austeritätspolitik, die EU-Krise und die anschwellende Flüchtlingsproblematik als „Angstfaktoren“ genannt, die wachsende Teile der Bevölkerung erfasst haben und in der Folge davon zu derartig „abweichenden“ politischen Stimmungen und Wahlergebnissen geführt haben sollen.

Demgegenüber liegt der deutliche Vorzug der Studie der Darmstädter Soziologin Cornelia Koppetsch dar-

in, dass sie davon ausgeht, „dass sich in den Tiefenschichten der Gesellschaft etwas Grundlegendes verändert hat“ (so in einem Interview über ihr Buch in der NZZ v. 17.5. 2019). Ihre allgemeine Ausgangshypothese ist, dass das Aufkommen des Rechtspopulismus letztlich vor allem als eine emotionale Reaktion auf die verschiedenartigen, realen Folgen der neoliberalen Globalisierung zu erklären sei. Diese These versucht sie in acht Kapiteln hinsichtlich einzelner Aspekte, die dabei relevant sind, zu belegen. Dabei grenzt sie sich einerseits von monokausalen Interpretationsansätzen (Protest der Globalisierungsverlierer, Prekarisierten, faktisch oder potenziell Deklassierten etc.; oder von einer stärker kulturalistisch argumentierenden Sichtweise ab: Aufstand der Zurückgebliebenen, Ewiggestrigen, Bodenständigen, die im 19. oder 20. Jahrhundert verharren möchten bzw. dahin zurückkehren wollen), andererseits baut sie diese einzelnen Erklärungselemente in ihren weiter ausholenden Erklärungszusammenhang – mit jeweils unterschiedlichem Gewicht – wieder ein.

In den einzelnen Kapiteln werden unterschiedliche Aspekte des Rechtspopulismus analysiert: Entstehungsbedingungen, Trägergruppen und politische Narrative der neuen rechten Protestbewegungen, die sich überwiegend aus sozial absteigenden Schichten rekrutieren und ein vergangenheitsorientiertes Gesellschaftsbild besitzen. Die aus konkreten oder diffusen Ängsten entstandenen emotionalen Reaktionen seien allerdings durch „Rigidisierungs Tendenzen und Exklusionsschübe“ in

der Gesellschaft mitbedingt gewesen. Die neu entstandenen, schärfer entgegen gesetzten politischen Lager, die das Wechselspiel der beiden bisherigen „Volksparteien“ abgelöst und damit die „politischen Repräsentationskrise“ verdeutlicht hätten, bildeten „die zentrale Konfliktlinie der Gegenwart“. Sozialstrukturell angestoßen und untermauert werde diese Konstellation durch die „Transnationalisierung des Sozialraums“, die auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Hierarchie (oben, Mitte, unten) stärker transnational orientierte Segmente und eher nationalstaatlich fixierte „Koalitionen“ hervorgebracht habe, weswegen pauschale Thesen über primär ökonomische Globalisierungsverlierer als die wesentliche soziale Basis des Rechtspopulismus nicht zuträfen, da diese keineswegs eindeutig die Mehrheit stellten. Gleiches gelte für die kulturelle Ebene, was durch die Vielschichtigkeit des Wandels im Kontext der Globalisierung und Transnationalisierung der Sozialstruktur erklärt werden könne. Diese habe sehr unterschiedliche habituelle Sicherheiten und Unsicherheiten hervorgebracht, die auch in ganz neue Anforderungen an die „performative Kompetenz“ resultierten (Sprachfähigkeiten, Mobilität, Bildungsabschlüsse etc.). Entsprechend stehen sich in einem neuen Herrschaftskonflikt die „Koalition der Deklassierten“ und die der „kosmopolitischen Aufsteiger“ gegenüber. Weitere Kapitel thematisieren Ängste, Ressentiments und Emotionen, die durch gesellschaftliche Umbruchkonstellationen befördert werden und zugleich für „einfache“ Lösungen gegenüber (äußeren) Bedro-

hungsfaktoren/Feinden prädestinieren. Die „Dialektik der Globalisierung“ im Sinne von Fortschritten und Rückschritten, die sie gleichzeitig mit sich gebracht hat, ist ebenso Gegenstand der Analyse wie Ansätze zu De-Zivilisierungsprozessen und zur wachsenden Illiberalität im gesellschaftlichen Verkehr – im Anschluss an Norbert Elias. Die rege und erregte Debatte um die sehr verschiedenen Sichtweisen von „Heimat“ in den letzten Jahren wird abschließend vor dem Hintergrund der aufgeführten neuen Spaltungen und Konfliktlinien aufgegriffen. Der Gegensatz zwischen „kosmopolitischen, liberalen, hochmobilen und fortschrittlichen“ Kräften (in ihrem Selbstverständnis) und den eher „Sesshaften, Altvorde- ren“, die Homogenitätsvorstellungen von der (gesellschaftlichen) Vergangenheit kultivierenden Bevölkerungsteilen greife auf ganz unterschiedliche Quellen ihres Selbstverständnisses und ihres Identitätsbewusstseins zurück. „Wie in den sonstigen Bereichen (politische Lagerzuordnung, sozialstrukturelle Position, Mentalität etc.) spiegelt sich eine ähnliche Spaltungslinie auf diesem scheinbar weniger bedeutungsvollen Feld wider.“ Die sozialstrukturelle Trennlinie verläuft „...zwischen solchen Menschen, die alle Vorteile der Freizügigkeit genießen, ihrerseits problemlos überall hin migrieren können, die Nachteile der Zuwanderung in die eigene Region bzw. Nation jedoch für gewöhnlich nicht zu spüren bekommen, und solchen Menschen, deren Existenz auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Region, einer nationalen Tradition oder einer lokal verwurzelten

Kultur basiert, die über geringe oder keine Ausweichmöglichkeiten verfügen und die sich oftmals überdies den negativen Folgen von Zuwanderung wie etwa Lohnkonkurrenz, Integrationsproblemen oder nachlassender kulturelle Homogenität und Vertrautheit ausgesetzt sehen.“ (246)

Die Breite des ausgeleuchteten Spektrums, die dabei verwandte „Methodologie der theoriegeleiteten Empathie“ (31), die die unterschiedlichen politischen Standpunkte auf „gesellschaftliche Situationen“ bezieht (ganz im Sinne der „Standortgebundenheit“ der Wissenssoziologie Karl Mannheims!) sowie die Suche nach längerfristig angelegten Tiefenstrukturen, die diesem „epochalen Umschwung“ – gegenüber bloßen Oberflächenereignissen – mit verursacht haben – all dies scheint zu den unbestreitbaren Vorzügen der Studie v. C. Koppetsch zu gehören; die im Übrigen souverän mit einer Fülle von Theorieteilern und Begriffen vieler soziologischer „Klassiker“ produktiv umgeht und überdies ihre Thesen auf der Basis einer breiten (vor allem rezenter) Sekundärliteratur zu erläutern und abzustützen sucht.

Dennoch bleibt einiges offen: Auch wenn die Verfasserin den neoliberal-progressiven Diskurs der kosmopolitischen Segmente nicht selten als scheinliberal, wenig fortschrittlich und heuchlerisch entlarvt und umgekehrt bestimmte Interessensäußerungen aus rechtspopulistischer Ecke als im Prinzip legitim und nachvollziehbar gezeichnet hat, bleibt unklar, wie z.B. das berühmte „Trilemma“ D. Rodriks (Nationalstaat, Demokratie und Globalisierung, wovon nur zwei Elemente gleichzeitig realisiert werden können) aufzulösen sei. Die

mehrfache Rede von einer nicht möglichen „Rückkehr zum Nationalstaat“ unterstellt, dass dieser nicht mehr die zentrale Adresse für gesellschaftliche Veränderungen, Absicherungen, Zukunftsplanungen etc. – so wie vormals – sei, was allerdings zu bezweifeln ist. Auch die damit verbundene Frage, wie eine entsprechende fortschrittliche oder linke Politik im Hinblick auf rechtspopulistische Positionen, die bislang nicht vorhanden war bzw. als unglaubwürdig wahrgenommen wurde, wenigstens in Umrissen aussehen müsste, bleibt trotz des aufklärerischen Impetus der Verfasserin unbeantwortet.

Kleine Fehler, wie z.B. die Verlegung der Präsidentschaftsperiode Clintons in die 1980er Jahre (67), die synonyme Verwendung der soziologischen Begriffe „Mittelschichten, Mittelstand, Mittelklasse“ sowie direkt entgegen gesetzte Aussagen zu Bourdieus Konzept des „sozialen Raums“ (107,141) müssten bei einer Neuauflage ebenso korrigiert werden. Bestimmte globale Thesen über die sog. „imperiale Lebensweise“, „postkoloniale Dividende“, „ungleichen Tausch“ zwischen Metropolen und Peripherie, die ziemlich voraussetzungsreich und umstritten sind, sollten von der Verfasserin neu überdacht werden anstatt sie schlicht – ohne jeglichen Beleg – zu übernehmen.

Diese und andere kleine Mängel stehen ganz am Rand der Kernthesen der Studie und mindern keinesfalls deren sehr informativen, gedankenreichen und weiterführenden Charakter.

Dieter Boris

Politische Ökonomie des Populismus

Philip Manow, Die Politische Ökonomie des Populismus, Suhrkamp Verlag, Berlin 2018, 176 S., 16,00 Euro

Gegenüber der großen Mehrheit der Publikationen auf diesem Feld weist die Studie des Bremer Politikwissenschaftlers Philip Manow mehrere klare Vorzüge auf. Einmal sucht sie nach theoretischen Erklärungen für das Aufkommen von Populismus anstatt sich mit der Beschreibung von Erscheinungsformen und (vor-)schnellen moralischen Verurteilungen zu begnügen. Zweitens ist er damit auf Kapitalismusanalyse und Politische Ökonomie verwiesen, die als Grundlage für weitere Differenzierungen dienen. Drittens fragt er nach den Ursachen der sehr unterschiedlichen Ausprägungen von Populismus und versucht infolgedessen eine vergleichende Analyse von rechts- und linkspopulistischen Varianten. Insbesondere Letzteres ist vor allem im deutschen Sprachraum, aber auch darüber hinaus eher selten zu finden.

Nach einem Überblick im Vorwort wird im zweiten Kapitel (26-37) eine überwiegend von Unverständnis, Einseitigkeiten und erheblichen Mängeln („Theoriedefizit und Moralüberschuss“) gekennzeichnete Diskussion skizziert, um im dritten Kapitel (38-69) den eigenen Ansatz vorzustellen. Ausgangspunkt ist die Feststellung einer geografischen Varianz in Europa (Nord-Süd; Ost-West) bezüglich der Art des Populismus, der von bestimmten Wählergruppen seit einiger Zeit (mit steigender Tendenz) favorisiert wird: Im Süden tendenziell der

Linkspopulismus, im Norden der Rechtspopulismus. Eine Argumentationskette des Harvard-Ökonomen Dani Rodrik aufnehmend (und diese ergänzend und spezifizierend) wird die Hypothese aufgestellt, dass diese Wählerentscheidungen vor allem auf die unterschiedlichen Formen der weltwirtschaftlichen Einbindung und unterschiedliche sozialstaatliche Institutionen und Arbeitsmarktkonstellationen zurückzuführen sind. Daraus resultieren differierende Interessenkoalitionen, die wiederum sich in variierenden Formen von Populismus ausdrücken.

In einem Land mit hoher weltwirtschaftlicher Verflechtung und „Exportabhängigkeit“ und einem universalistischen (negative Betroffenen durch die Weltmarkteinbindung kompensierenden) Wohlfahrtsstaat wird sich vor allem eine Abwehrhaltung gegenüber Migranten entwickeln, wenn diese Zugang zum Sozialstaatssystem finden können und in Konkurrenz zu Teilen der Arbeitnehmerschaft im Lohn-, Wohnungs-, Gesundheits- und Infrastrukturbereich treten. In solchen Gesellschaften werden sich eher rechtspopulistische Tendenzen entfalten, da befürchtet wird, dass wohlfahrtsstaatliche Sicherungen abgebaut und sich die soziale Lage von arbeitenden Bevölkerungsteilen dadurch insgesamt noch weiter – neben den durch neoliberale „Reformen“ bedingten Faktoren – verschlechtern könne. Dies ist der Fall für die meisten Länder Mittel- und Nordeuropas. Umgekehrt verhält es sich mit Ländern, die durch Kapital- und Warenbeziehungen ebenfalls weltwirtschaftlich verbunden sind, wo aber die Binnennachfrage von hoher Bedeutung ist; bei ihnen gibt es in der

Regel keinen universalistischen, auf hohem Niveau funktionierenden Sozialstaat, vielmehr ein partikularistisches, klientelistisches Sozialsystem, zu dem Migranten keinen Zugang haben. In Abwehr der Privilegien ausländischen Kapitals und des Freihandels sind hier eher protektionistische Tendenzen vorhanden und weniger gegen Migranten gerichtete Abwehrreflexe verbreitet. In solchen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit des Aufkommens von Linkspopulismus größer. Dies trifft auf viele Länder Südeuropas zu. Dies Grundschemata differenziert der Verf. einmal in Bezug auf unterschiedliche Arbeitsmarktstrukturen (große Unterschiede zwischen „Insidern“, d.h. formellen, relativ abgesicherten Arbeitnehmern und sog „Outsidern“, d.h. informell-prekär tätigen Arbeitern) und differierenden Formen der Migration (Arbeits- und Fluchtmigration). Auf diese Weise versucht er, weitere Varianten rechts- und linkspopulistischer Protests in West- und Osteuropa zu interpretieren, wobei dabei auch Folgewirkungen der Migrationspolitik zentraler Länder (vor allem Deutschlands) auf andere Teile Europas in die Deutung rechtspopulistischer Tendenzen in Osteuropa bzw. in Großbritannien einbezogen werden.

Im vierten Kapitel (70-102) wird der Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland analysiert, wobei dies als Testfall für die allgemeine Hypothese genommen wird. Nach ausführlicher Darlegung der Datenlage, der Schwierigkeiten und Problembereiche des empirischen Vorgehens, das letztlich auf Wahlbezirks-, Regional- und Arbeitsmarktstatistiken basiert, gelangt er zu dem Ergebnis, dass sowohl die Modernisierungs- und Globalisierungsver-

liererthese wie auch die Outsider-These weitgehend unstimmtig sind, und das Wahlverhalten der typischen (mehrheitlichen) AfD-Wähler und Wählerinnen anders zu deuten sei.

Vor dem Hintergrund früherer Arbeitslosigkeit (bzw. der Gefahr derselben um 2000) und der drohenden Deklassierung per Hartz IV (2005) sind Facharbeiter in prosperierenden Regionen (Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen) überproportional am Zweitstimmenanteil für die AfD bei der Bundestagswahl 2017 beteiligt gewesen (96f.). Auch eine psychologisierung oder kulturalistische Sicht dieser Wählerentscheidung scheint ihm höchst fragwürdig zu sein und höchstens sehr nachgeordnet eine gewisse Bedeutung zu besitzen. Bei der letzten Bundestagswahl seien verschiedene Faktoren zusammen gekommen: „Zunächst und hauptsächlich der massive und als krisenhaft erlebte Anstieg der Zuwanderung in und nach 2015; dazu das Bewusstsein von der eigenen ökonomischen Verletzlichkeit, das im Osten aufgrund der aus dem Transformationsprozess resultierenden Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft allgemein besonders ausgeprägt war, und schließlich die im Rahmen der Agenda 2010 vollzogene Abwicklung des alten Modells sozialstaatlicher Statussicherung. Das alles addierte sich offenbar zur Wahrnehmung, zurückgesetzt und ökonomisch deklassiert zu werden, zur Wahrnehmung des *line-jumpings* der Migranten, der Aufkündigung eines impliziten Vertrags zwischen Bürgern und ihrem Staat, der ja aber augenscheinlich gar keine Bürger, sondern nur noch auf einem bestimmten Territorium akzidentiell versam-

melte Marktindividuen und Rechtsträger kennen will.“ (100f.)

Im fünften Kapitel (103-130) wird noch einmal ausführlicher der Blick auf ganz Europa gerichtet, um die Varianz geografischer Muster der Problemwahrnehmung von unterschiedlichen Formen und Folgen von Globalisierung zu erkennen. Dabei bezieht er neben den erwähnten Hauptfaktoren: Wachstumsmodell, Sozialstaats-typ und Arbeitsmarktverfassung noch differierende historische Hintergründe und unterschiedliche Wahlsysteme mit ein. Die beiden Fälle Italien und Frankreich, die sich der bisherigen Typologie zu entziehen scheinen, da dort Rechts- wie Linkspopulismus gleichermaßen eine bedeutende Präsenz zeigen, werden speziell betrachtet: Große regionale Unterschiede (Nord- und Süditalien, wobei im Norden die rechtspopulistische „Lega“, im Süden die eher linkspopulistische „Fünf-Sterne“-Bewegung/Partei dominiert) sowie Besonderheiten von Sozialstrukturen und Sozialstaatsausprägungen scheinen die Haupthypothesen zu bestätigen und zu differenzieren. „Eindeutig und sehr ausgeprägt ist der Befund, dass Insider in den nördlichen Politischen Ökonomien rechtspopulistisch wählen, während Insider wie Outsider in der Politischen Ökonomie Südeuropas Linkspopulisten ihre Stimme geben.“ (116f.) Das Kapitel schließt mit einem Blick auf Ukip und Brexit bzw. Großbritannien als einem Beispiel von liberalem Sozialstaatsmodell (mit niedrigem Niveau) und einer frühzeitigen und radikalen neoliberalen Öffnungspolitik gegenüber Migranten (vor allem aus Osteuropa), was insbesondere für britische Beschäftigte im

Niedriglohnsektor, in der deutlich verstärkten Konkurrenz im Infrastrukturbereich und in ländlichen, ökonomisch abgehängten Regionen besondere Probleme mit sich gebracht hat; was den Autor zu der Bemerkung veranlasst, dass sich einzig im britischen Fall „die Globalisierungsverlierer-Erklärung, die auf ‚zurückgelassene‘ Regionen abstellt, ... zu bestätigen (scheint) (130).

Im abschließenden sechsten Kapitel (131-138) zeigt Manow, warum der Aufstieg des Rechts- und Linkspopulismus in Europa bzw. in den einzelnen Ländern Europas – auch bei den Europawahlen – nicht nur als „nationales Protestventil“ anzusehen ist, sondern auch als Protest gegen die gegenwärtige Form und Struktur der Europäisierung und deren Konsequenzen (136). In diesem deutlichen Einflussgewinn links- und rechtspopulistischer Parteien im europäischen Parlament – wie auch auf der nationalen Ebene – spiegele sich die große Diskrepanz „zwischen integrationsfreundlichen Eliten und integrations-skeptisch eingestellter Bevölkerung“ (136), ein Kernproblem, das für die führenden Politiker immer noch nicht Anlass einer grundlegend kritischen Beurteilung eines „weitgehend verselbständigten Integrationswerks“ (138) gewesen ist.

Der vergleichsweise schmalen, aber sehr kompakten Studie Manows, die in puncto Originalität, Stringenz von theoretischer und empirischer Argumentations- und Beweisführung sowie in ihren Ergebnissen beeindruckend ist, aber auch wichtige Korrekturen gegenüber der bisherigen Populismusliteratur vornimmt, kann man weitgehend zustimmen und ihren Er-

kenntnisgewinn begrüßen. Was ein wenig fehlt, wäre eine umfassendere und differenziertere Sozialstrukturbeachtung, z.B. in Richtung auf Transnationalisierung unterschiedlicher Positionen (oben, in der Mitte und unten) im Hinblick auf eine Begünstigung von Rechts- oder Linkspopulismus. Auch wenn Prekäre, Arbeitslose und Niedrigqualifizierte möglicherweise in ihrem Gewicht bislang überschätzt worden sind, kann m.E. keineswegs geleugnet werden, dass sie ebenso wie kleine Selbständige ein nicht unerhebliches Segment rechtspopulistischen Anhangs bilden. Eine stärkere Einbeziehung der (nur kurz angedeuteten) historischen Entwicklung dieser populistischen Bewegungen/Parteien im Laufe der letzten Jahre im Hinblick auf ihre Wählerstruktur, Programmatik und ihr politisches Auftreten wäre ebenso wünschenswert gewesen wie eine genauere Analyse der Abwesenheit linker Alternativen (auch in der Migrationspolitik). Dass Politik und politische Entscheidungen (insbesondere von potenziellen Rechtspopulismus-Wählern) aus einem interaktiven, wechselseitigen Prozess der Auseinandersetzungen hervorgehen, kommt bei Manow zu kurz.

Dieter Boris

Bevölkerungspolitik und Patriarchat

Helmut Knolle, Patriarchat und Bevölkerungsgeschichte. PapyRossa Verlag, Köln 2018, 114 S., 9,90 Euro

Fragen der Demografie und der Geburtenkontrolle sind – verständlicherweise – für Linke ein heikles Thema. Der Autor, Mathematiker

und Philosoph, konstatiert, dass dieser Aspekt auch in der kritischen Literatur zum Patriarchat kaum behandelt wird. Er möchte „die demografischen Aspekte des Patriarchats herausarbeiten, die bisher vernachlässigt oder unterschlagen wurden.“ (10) In dem er „Entstehung und Geschichte des Patriarchats aus der Perspektive der Demografie“ interpretiert (8), entwickelt er eine eigene „Theorie“ zur Entstehung des Patriarchats: „Nach dieser Theorie ist die Ausbeutung der weiblichen Fruchtbarkeit der ursprüngliche und lange Zeit der wichtigste Zweck des Patriarchats gewesen.“ (9) Allerdings beinhaltet schon die Einschränkung „lange Zeit“ eine Relativierung: Denn dieser Zweck gilt seiner eigenen Darstellung zufolge weder für die griechische und römische Antike noch für die westeuropäische Gegenwart. Im Mittelpunkt seiner Darstellung steht das ‚christliche Abendland‘, anders geprägte Weltgegenden – in denen es durchaus auch ein Patriarchat gibt – behandelt der Autor nicht. Das soll keine Kritik sein: Es ist durchaus nachvollziehbar, dass patriarchale Gesellschaftsstrukturen historisch und kulturell unterschiedliche Grundlagen haben können.

Das gut lesbare und mit klaren Hypothesen arbeitende Buch lässt sich in zwei Teile gliedern: In den Kapiteln 1 bis 6 geht es im Wesentlichen um die Geschichte der Geburtenkontrolle und die Haltung patriarchalisch geprägter (christlicher) Gesellschaften dazu. Dabei weist der Autor auf einen grundlegenden Interessengegensatz hin: „Das traditionelle Patriarchat hat von den meisten Frauen mehr Geburten verlangt als

sie wollten.“ (103) Dies entwickelt der Autor mit vielen Beispielen, wobei der literarisch interessierte Leser auf seine Kosten kommt. Vor allem der heilige Augustinus bekommt sein Fett ab. Im Ergebnis heißt es: „Die Lehren der Kirchen, die Gesetze des Staates und eine frauenfeindliche Medizin wirkten also zusammen, um die Frauen zu einer frühen Heirat zu drängen und sie danach zum Gebären vieler Kinder zu zwingen.“ (58) Das wirft die Frage auf, warum das Patriarchat auf maximale Kinderzahl drängte: Neben religiösen Geboten spielen ab der frühen Neuzeit auch ökonomische Gründe eine Rolle: „Ein wesentliches Element des Merkantilismus war die aktive Bevölkerungspolitik...“ (55) Merkwürdigerweise erwähnt der Autor die Rolle des Militarismus nicht: Im Kampf der europäischen Staaten um die Vorherrschaft spielte (bis zum 20. Jahrhundert) die Bevölkerungszahl eine herausragende Rolle. In den folgenden Kapiteln 7 bis 9 integriert Knolle demografische Daten und leitet einige mathematisch begründete Gesetzmäßigkeiten ab. Die frühe Heirat der Frauen (d.h. die späte Heirat der Männer) führt bei wachsender Bevölkerung zu einem „nuptialen Frauenüberschuss“. (71) Das ist im Übrigen der Grund, warum Polygamie funktionieren kann. Allerdings kommt hier – nach Ansicht des Rezensenten – die Eingangsthese des Buchs ins Wanken: Weil Männer später heirateten als Frauen, muss ein Teil der Frauen – in monogamen Gesellschaften – ehelos bleiben, was dem Ziel einer hohen Geburtenrate zuwiderläuft. Knolle bezeichnet das als „demografischen Grundwider-

spruch“ (64). Das späte Heiratsalter der Männer begründet Knolle – zutreffend – mit ökonomischen Gründen, also nicht mit dem Patriarchat. Das aber hätte er durchaus tun können – Patriarchat ist, wie historische und aktuelle Beispiele zeigen – die Herrschaft *alter* Männer, die sich (besonders prägnant in polygamen Gesellschaften) junge Frauen für sich reservieren und die jüngeren Männer zur späten Heirat zwingen. In monogamen Gesellschaften führt das zu besagtem Frauenüberschuss, in polygamen Ländern zur Ehelosigkeit von Männern. Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass das Patriarchat, kombiniert mit dem unterschiedlichen Heiratsalter, einen Teil der Frauen von der Mutterschaft entweder ausschließt oder zu unehelichen Geburten zwingt. Je höher die Wachstumsrate der Bevölkerung (also je erfolgreicher das Patriarchat), desto größer der „nuptiale Frauenüberschuss“. Knolle: „Je früher die Frauen heiraten und je mehr Kinder sie gebären, desto mehr Frauen müssen ledig und kinderlos bleiben.“ (74) Die Schlussfolgerung, dass das Patriarchat – wenn es denn die Ausbeutung der weiblichen Fruchtbarkeit als „wichtigsten Zweck“ (9) verfolgt – seinem Ziel selbst im Wege steht, formuliert der Autor allerdings nicht explizit. Letztendlich – so meine ich als Rezensent – geht es weniger um das Patriarchat als um das Christentum, was auch der Autor stellenweise durchscheinen lässt: „Die hier vorgelegte Analyse hat gezeigt, dass die alte christliche Fortpflanzungsmoral, wie sie noch heute vom Vatikan verteidigt wird (und auch von manchen Evangelikalen, JG), an einem tiefen

inneren Widerspruch leidet.“ (80)

Knolle hat ein anregendes kleines Buch geschrieben, mit dem er in der Debatte über patriarchale Strukturen Neuland betreten hat. Auch wenn man nicht jeder seiner Thesen zustimmt, so ist doch sein Zugang zur Problematik der Frauenunterdrückung über die Demografie ein Aspekt, der in den entsprechenden Debatten zu berücksichtigen ist.

Jörg Goldberg

Abschied vom Auto? Abschied vom Auto!

Klaus Gietinger, Vollbremsung. Warum das Auto keine Zukunft hat und wir trotzdem weiterkommen, Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2019, 192 Seiten, 16,00 Euro.

Winfried Wolf, Mit dem Elektroauto in die Sackgasse. Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt, Promedia-Verlag, Wien 2019, 216 Seiten, 17,90 Euro.

„Autos für Rindfleisch“ – diese Kurzformel wurde für das im Juni ausgekungelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Südamerikas gefunden. Sie passt, denn sie benennt die Hauptmotive beider Seiten für diesen Deal, der noch kurz vor der Konstituierung des neuen EU-Parlaments eingetütet worden ist. Und sie zeigt einmal mehr, wie die Machtverhältnisse im politischen Raum gelagert sind, sobald es um die Autoindustrie geht: Trotz aller kriminellen Skandale, trotz aller Warnungen vor dem Klimakollaps – die Profitinteressen von VW, PSA, Daimler & Co. gehen vor.

Da trifft es sich bestens, dass fast

zeitgleich zwei kritische Bücher zum Thema erschienen sind. Die Autoren sind „alte Kämpfer“: Winfried Wolf saß bis 2002 für die Linkspartei im Bundestag, arbeitet im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und entwickelt seit Jahren Konzepte für eine echte Verkehrswende. Klaus Gietinger, Filmregisseur und Autor, hat zusammen mit anderen in Frankfurt am Main ein Desaster à la „Stuttgart 21“ verhindert. Beide zählen zu den profiliertesten Kritikern der Automobilindustrie und der ihnen hörigen deutschen Verkehrspolitik.

Gietinger schildert vieles, was man zwar irgendwie weiß, aber gerne verdrängt. Bei dieser Lektüre geht das kaum noch, denn allein das Faktenmaterial ist erdrückend: 3.700 Verkehrstote weltweit pro Tag bzw. 1,35 Millionen pro Jahr ist so eine Zahl. 54 Millionen seit Beginn der Automobilisierung. Ohne die Toten durch Luftverschmutzung, ohne die Verkrüppelten und Verletzten.

Warum werden solche Zustände hingenommen? Das Automobil passt ideal zur maßlosen kapitalistischen Lebensweise, die „Droge Auto“ gaukelt Individualität und grenzenlose Freiheit vor. Die Junkies gibt es aber nicht ohne das Drogenkartell und seine Dealer. Das sind die globalen Autokonzerne, die bisher jede Krise überstanden haben. Und das sind die willfähigen Politiker, Betriebsräte und Verbände, die dabei gerne helfen. Wer wissen will, wie staatsmonopolistischer Kapitalismus konkret funktioniert, kann bei Gietinger fündig werden. Nur ein Beispiel: 70 Prozent aller neu zugelassenen Pkw aus deutscher Produktion sind subventionierte Dienstwagen, davon wiederum sind 80 Prozent SUVs.

Gietinger belässt es nicht beim Kritisieren, er fragt nach Auswegen. Eine Chance sieht er darin, dass die Autokonzerne, speziell die deutschen, durch den organisierten Betrug der jüngsten Zeit an Ansehen verloren haben. Außerdem verbreitete sich das Bewusstsein dafür, dass es so nicht weitergehen darf. Die Alternativen, die vom Kapital und der Politik angeboten werden (Elektroautos, Hybride, Wasserstoff, Brennstoffzelle, autonomes Fahren), ändern nichts an den Grundproblemen der autozentrierten Verkehrspolitik.

Die Impulse für eine Wende müssten allerdings von unten kommen. Im Buch werden als vordringliche Angriffspunkte die Beschränkung der Geschwindigkeit und die Rückeroberung des städtischen Lebensraums genannt. Hier gebe es den größten Leidensdruck. Zu den möglichen Aktionsformen liefert der Autor zahlreiche originelle und kreative Beispiele.

Im letzten Kapitel formuliert er Stichworte für eine „Verkehrsrevolution“. Deren Kernpunkte heißen: weniger und kürzere Wege für alle Menschen und Güter, Abwendung vom motorisierten Einzelverkehr. In zwei Phasen wird ein Szenario ausgebreitet, wie das vonstattengehen könnte. Am Ende – im Jahr 2040 – steht der „Garten Eden“.

Die Agenten der aktuellen Verkehrspolitik sehen sich von wachsenden Protesten gegen den Klimakollaps und von der Justiz (Fahrverbote, DUH-Freispruch) getrieben. Deshalb erwecken sie den Eindruck, als sei der Ausweg schon gefunden: die Elektromobilität. Nicht nur das Drogenkartell (die Konzerne) und die Dealer

(Politiker, Gewerkschafter, Journalisten), sondern auch etliche Kritiker (Forscher, Umweltverbände) fordern ein rasches „Umsteuern“ im Richtung E-Auto und beklagen das mangelnde Tempo. Nur die Junkies, die Autofahrer, wollen noch nicht so recht.

Welch ein aberwitziger Irrweg hier gerade eingeschlagen wird, das zeigt Winfried Wolf in seinem Buch. Aberwitzig natürlich nur vom Standpunkt eines neutralen Betrachters aus. Für die Profitinteressen der Autokonzerne ist der Ausbau der E-Mobilität höchst erstrebenswert.

Wolf schildert die Geschichte und die Rahmenbedingungen, die zur heutigen Situation geführt haben. Der aktuellen Krise des Automobils, aus der die Idee des E-Autos erwächst, sind vier andere vorausgegangen (die erste 1973 bis 1975). Auch sie haben jeweils Reformdebatten ausgelöst und dann zu einem neuen Aufschwung der Branche geführt. Das Ergebnis waren jeweils weiter zunehmende Zahlen von Kfz auf ein früher unvorstellbares Ausmaß. Spannend sind die Kapitel über die Rolle Chinas in der globalen Autoproduktion. Dieses Beispiel ist besonders verheerend, denn das Land war vor wenigen Jahrzehnten noch ein Dorado des Fahrradfahrens, ist dann voll auf das „westliche“ Modell der Automobilisierung umgeschwenkt und gilt heute als das Mekka der E-Mobilität.

Verheerend ist das deshalb, weil das E-Auto keines der Probleme des motorisierten Einzelverkehrs löst, manche sogar verschlimmert. Wolfs Argumente sind von bedrückender Überzeugungskraft. Der „ökologische Rucksack“ allein der Akkuproduktion

konterkariert alle nachfolgenden Einsparungen; bei jedem gefahrenen Kilometer muss das enorme Gewicht der Batterie mit transportiert werden; E-Autos werden üblicherweise zusätzlich zu Benzinern angeschafft, vergrößern folglich die Flotte; die erforderliche Ladestruktur wird in den kommenden Jahren allein in Deutschland Dutzende Milliarden an Investitionen kosten, die – da Steuererhöhungen für Reiche tabu bleiben – woanders fehlen werden. Und vor allem: E-Autos sind eben auch Autos; Flächenverbrauch, Lärm und Unfallgefahren bleiben gleich bzw. steigen sogar.

Während die Bundesregierung angeblich den Strombedarf bis 2050 um ein Viertel senken will, würde die Ausweitung des E-Autoverkehrs zu einer deutlichen Erhöhung führen – ein Konjunkturprogramm für Kohlestromanbieter. Das Rohstoffproblem kommt hinzu: Die Batterieproduktion verlangt nach seltenen Erden und anderen Metallen, die meist unter schlimmen Bedingungen und mit großen ökologischen Schäden gewonnen werden. Wolfs Fazit: Elektromobilität wird die Macht der Autokonzerne stärken und das Potenzial an Zerstörung vergrößern. Der Weg in den Klimakollaps wird nicht verlangsamt, sondern beschleunigt.

Auch Winfried Wolf entwickelt ein Szenario für eine umfassende Verkehrswende. Manche Gedanken finden sich bei Klaus Gietinger, andere nicht. Das ist aber kein Schaden, denn die Präsentation erfolgt anders – nüchterner, wenn man so will. Zum Schluss widerlegt er überzeugend die drei Totschlagsargumente der Gegner einer Verkehrswende: Arbeitsplätze, Kosten und fehlende Mehrheiten.

Die beiden Bücher stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sie überschneiden sich kaum. Wer sich zum Thema aktuell und fundiert informieren möchte, sollte beide lesen. Das wird auch deshalb leicht gemacht, weil sie flott geschrieben und übersichtlich strukturiert sind. Und – auch das soll gelobt werden – weil sie gut lektoriert und ansprechend gestaltet wurden. Wobei beim Layout der Westend-Verlag die Nase vorn hat.

Gert Hautsch

„Ich aber ging über die Grenze...“

Mario Keßler, *Westemigranten. Deutsche Kommunisten zwischen USA-Exil und DDR* (= *Zeithistorische Studien. Hrsg. vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Bd. 60*). Böhlau Verlag Wien Köln Weimar 2019, 576 S., 65,00 Euro

Das Thema „Westemigranten“ (ein Wort, verwendet von der Zentralen Parteikontroll-Kommission der SED und gemünzt auf jene, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus westlichen Ländern in die DDR gekommen sind) darf als ein weites Feld verstanden werden. K. beackert es mit ihm eigener Verve und großem Geschick. Er fragt vor allem nach dem intellektuellen und kulturellen „Gepäck“ von Schriftstellern, Journalisten, Künstlern und anderen, das sie zunächst ins Exil mitnahmen, dort bewahrten, auch veränderten und schließlich in Gestalt von Entwürfen für das Nachkriegsdeutschland wieder zurückbrachten. Der Band erstreckt sich zeitlich über wesentliche Dezennien des 20. Jahrhunderts und

geografisch über zwei Kontinente hinweg.

Erhellt werden gesellschaftliche und parteipolitische Verhältnisse sowie unterschiedliche politisch-ideologische Auffassungen im Spiegel individueller Biografien. Dabei verfolgt der Vf. sowohl einen politik- als auch einen ideologiegeschichtlichen Ansatz, zudem und durchaus berechtigt auch einen „kollektiv-biografischen“ Ansatz. Mit diesem gelingt es ihm, individuelle Entwicklungswege und Auffassungen in gesellschaftlichen und organisationsbezogenen Zusammenhängen zu sehen. So ergibt sich für ihn aus den biografischen Daten der einzelnen Personen mehr als nur deren Summe, ohne dies allerdings direkt zu thematisieren.

Der zeitliche Rahmen reicht von den 1920er Jahren bis in die 1980er, teils auch bis in die Gegenwart. Erfasst wird zudem Vieles aus dem politischen Geschehen in den USA, in der Sowjetunion, in Deutschland bzw. in der DDR. Stets folgt K. der Erkenntnis, dass Menschen die Geschichte machen, wenngleich in vorgegebenen Verhältnissen. Daher stehen im Vordergrund rund vier Dutzend Mitglieder der KPD bzw. dieser Partei verbundene Schriftsteller, Publizisten, Politiker. Am Ende des Bandes finden sich auf rund 30 Seiten deren Lebensläufe in Kurzbiografien erfasst, die trotz aller Knappheit zeigen, wie die äußeren Lebensstationen sich einander ähnelten, dennoch aber unverwechselbar gerieten. Ihre Namen werden hier angeführt, weil sie eine Art Leitfaden für den lesenden und am Thema weiterhin interessierten Nutzer darstellen, aber

auch weil der Band leider ohne ein übliches Register geblieben ist¹: Alexan, Georg Friedrich; Berlau, Ruth; Bloch, Ernst; Bloch, Karola; Boenheim, Felix; Boenheim, Margarete; Brecht, Bertolt; Budzislawski, Hermann; Daub, Philipp; Dessau, Paul; Deter, Adolf; Duncker, Hermann; Duncker, Käte; Eisler, Gerhart; Eisler, Hanns; Eisler, Hilde; Friedeberger, Walter Axel; Grossmann, Henryk; Hauptmann, Elisabeth; Herzfelde, Wieland; Heym, Stefan; Kantorowicz, Alfred; Katzenstein, Alfred; Katzenstein, Ursula; Kirbach, Lisa Maria; Krüger, Ernst; Krüger, Lore; Lips, Eva Elisabeth; Lips, Julius; Marchwiza, Hans; Marchwiza, Hilde; Norden, Albert; Obermann, Karl; Rapoport, Inge; Rapoport, Samuel Mitja; Rosenfeld, Alice; Scheer, Maximilian; Schreiner, Albert Hermann; Schroeder, Max; Székely, Hans (János); Victor, Walther; Wagner, Louise; Walcher, Jacob; Walcher, Hertha; Wedding, Alex; Weigel, Helene; Weiskopf, Franz Carl; Wollenberger, Albert; Zahn, Alfred Franz; Zahn, Lola. Wer künftig über jemanden aus diesem Kreis forschen will, wird keinesfalls einen Bogen um Keßlers Buch machen dürfen.

Was den Band insgesamt so lesenswert macht, zeigt sich auch im großen Kreis jener Menschen, in deren Leben und Wirken die „Westemigranten“ sich gleichsam eingewoben sahen. Es erfasst – nur eine Schätzung ist möglich – mehrere Hunderte weiterer Personen, versehen mit vielen Daten ihrer Vita und mit Verweisen auf ergänzende Li-

teratur. Alles ist mehrstufig-chronologisch geordnet und ineinander verwoben, so dass die meisten mehrmals behandelt werden: Zunächst in der Vorstellung der ersten Schritte der Exilanten sowie deren Chancen und Probleme beim „Überleben“ in Roosevelts Amerika und mit Hilfe solidarischer Organisationen, danach in den folgenden Kapiteln, wovon das zweite Kapitel den Titel trägt: „Zwischen Integration und Marginalisierung“. Die Netzwerke und die Publizistik der deutschen Kommunisten in den USA sehen sich in einem der umfangreichsten Kapitel des Bandes erfasst; hier stehen sowohl Stefan Heym, der von 1937 und 1939 das zweisprachige „deutsche Volksecho“ herausgab, als auch die debatten- und konfliktreiche Arbeit im Council for a Democratic Germany im Zentrum. Überhaupt widmet K. viel Aufmerksamkeit jenen Debatten, in den nach den besonderen Merkmalen deutscher Geschichte und den Ursachen von Faschismus und Krieg gesucht worden ist. In dem von Albert Schreiner, Albert Norden und Gerhart Eisler gemeinsam verfassten Buch „The Lesson of Germany“ (1945) sieht K. eine Quintessenz der Diskussionen des kommunistischen Exils in den USA und eine Position, die zwischen den von Wilhelm Koenen und Paul Merker vertretenen Auffassungen anzusiedeln ist.

Schreiner und die anderen Verfasser des (aus erkennbaren Gründen!) leider nicht ins Deutsche übersetzten Bandes, bemühten sich um eine „Bloßlegung der Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus“. Sie wandten sich aber zugleich gegen jeden als gefährlich bezeichneten Versuch, „das deutsche Volk von der moralischen Schuld

¹ Sollte, was wünschenswert ist, eine zweite Auflage erscheinen, wäre Autor und Verlag dringend zu empfehlen, das vorzügliche Buch mit einem seine Nützlichkeit erheblich befördernden Register zu ergänzen.

am Nazikrieg freizusprechen: „Die große Masse des deutschen Volkes jubelte die Siege der Nazis, hatte Anteil an den Gräueltaten, profitierte von ihren Beutezügen und nahm ihre barbarische Herrschaft einfach hin.“ (185 f.) In einer der rund 1600 Fußnoten erwähnt K. die Bücher anderer Autoren, so das von Alexander Abusch „Irrweg einer Nation“ und das von Ernst Niekisch „Deutsche Daseinsverfehlung“. Das vierte Kapitel zeigt schließlich, wie intensiv die Exilanten im „Visier des FBI“ standen; hier dominieren aufschlussreiche Aussagen zu Gerhart Eisler, Hanns Eisler und Bertolt Brecht.

Die zweite Hälfte des Bandes gilt in den Kapiteln V bis VIII den Lebensbedingungen und Schicksalen der Westemigranten bei und nach ihrer teilweise abenteuerlich verlaufenden Rückkehr. Sie handeln von den Schwierigkeiten ihrer Ausreise (gestützt auf die umfangreichen Quellen aus dem FBI-Archiv und dargestellt vor allem an den Hindernissen, die Bertolt Brecht und den Eisler-Brüdern in den Weg gelegt wurden), von den Wünschen nach einem passenden Platz im Neubeginn, von den Chancen und Problemen, von Hoffnungen und Rückschlägen. Fast immer dominierte der beginnende Kalte Krieg politische Entscheidungen und vergiftete regelrecht jedwedes wünschenswerte Denken und Verhalten der Beteiligten. Hart traf alle, dass in der Sowjetischen Besatzungszone inzwischen fast alle politischen Schlüsselpositionen von den aus der SU zurückkehrenden kommunistischen Kadern besetzt worden waren.

Dennoch öffneten sich zunächst in der SBZ und DDR auch den West-

emigranten gute Karrierewege, doch nahm der SED-Apparat sie misstrauisch ins Visier, als eine „Partei neuen Typs“ geschaffen werden sollte und die Heimkehrenden jeweils in intern ausgefochtene Machtkämpfe einbezogen wurden. Jene Aufstiegsmöglichkeiten, die es innerhalb der Partei gegeben hat, endeten jedoch z.B. für Daub, Deter, Krüger u.a.m recht bald. Andere erhielten Professuren, vorwiegend in Leipzig, so dass hier sogar von einer „Westemigranten-Universität“ gesprochen werden konnte. Manchen wurde die Herausgabe eigener Zeitschriften oder die Leitung von Verlagen ermöglicht. Dass die proklamierte antifaschistisch-demokratische Ordnung bald auf ein Einparteienregime hinauslief, stand allerdings oft in Widerspruch zu anderen, zumeist als konträr empfundenen Vorstellungen, die viele Rückkehrer sich in der Zeit ihres Exils erarbeitet hatten. Aufschlussreich zeigt K., welche Rolle dabei unterschiedliche Sichtweisen auf lang-, mittel- oder kurzfristig wirksame Faktoren der deutschen Geschichte für die Entstehungs- und Entwicklungsmöglichkeiten des Faschismus spielten.

Verallgemeinernd schreibt K.: „Neben der Anerkennung für die Rückkehrer stießen diese auch auf Argwohn, und dies nicht nur innerhalb der SED. Überall, in Ost wie West, mussten die Remigranten damit fertig werden, in eine Gesellschaft zurückzukehren, deren Erfahrungen sie zwölf Jahre lang nicht geteilt hatten. Es waren keineswegs nur unverbesserliche Nationalsozialisten, die ihnen mit Misstrauen begegneten [...]. Sie gestanden sich ein, dass es vielleicht übertrieben war, in jeder befremdlichen Geste oder jedem

störenden Ausdruck ein Erbe der Nazi-zeit zu sehen, und dennoch konnten sie sich dieses Eindrucks oft kaum erwehren.“ (248f.)

Unvorstellbar, ja nahezu gespenstisch-peinlich wirkt das sehr detailliert dargestellte Vorgehen der 1948 eingerichteten Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) gegen Jakob Walcher und gegen Gerhart Eisler (316-341). Sie und andere Westemigranten wurden beargwöhnt, obgleich ihr großes Wissen, ihre kulturell-geistige Reputation, aber auch die von ihnen oftmals demonstrierte strikte Parteiverbundenheit benötigt wurde. Alles sah sich jedoch eingebettet in den Kalten Krieg, der ein letztlich undifferenziertes Entweder-Oder zu verlangen schien und jedem dialektischen Betrachten der Realität einseitig-schematisches Denken entgegensetzte.

Das siebte, ebenfalls sehr umfangreich geratene Kapitel trägt den Titel „Zwischen Teilhabe und Flucht. Die ‚Amerikaner‘ in der DDR“. Es ist für den in der DDR aufgewachsenen und für sie wirkenden Rezensenten nicht nur das informativste, sondern gleichermaßen das aufschlussreichste und bedrückendste sowie eines, das ihn am meisten zu weiterem Nachdenken anregt. Vermutlich wird es andere Leser ähnlich bewegen. Dies gilt wohl auch für das letzte Kapitel, das fragt, ob es mit dem Beginn der 1970er Jahre eine „Entdeckung der USA in der DDR“ gegeben habe. Untersucht wird auch, ob es Amerikabilder eigener Art in autobiografischen Schriften und „späten Zeugnissen“ der kommunistischen Hitlerflüchtlinge gab. Vieles liest sich hier wie ein Einblick in die wechselvoll-widersprüchliche Kultur- und Wissenschaftspolitik der DDR, bietet jedoch

zugleich einen erhellenden Blick auf politisch bedingte Denk- und psychisch erklärbare Verhaltensweisen derer, die ihren inoffiziellen Status als Außenseiter nie ganz überwinden konnten.

K. beschließt sein Werk mit der Aussage, er habe kein „bündiges Fazit“ zum Leben, zu Urteilen und Fehlurteilen der Re-Emigranten aus den USA ziehen wollen, da sonst wichtige Unterschiede eingeebnet würden. Doch es sei nötig gewesen, „über die Leistungen und Einsichten, Irrtümer und Illusionen der Rückkehrer hier zu berichten – gerade auch, weil es um eine gemeinsame Zukunft von Deutschen und Amerikanern in einer kleiner werdenden Welt geht, deren Probleme größer werden. Denn Zukunft braucht Erinnerung.“

Manfred Weißbecker

Perestroika – die gescheiterte Reform

Klaus Kukuk (Hrsg.), Michail Gorbatschow und Zdeněk Mlynár. Gespräche in Wien, Moskau und Prag. Verlag am Park Berlin 2019, 236 S., 15,00 Euro.

Vor einem Vierteljahrhundert publizierte der tschechische Verlag Victoria Publishing die drei Gespräche, die der Russe Michail Gorbatschow und der Tscheche Zdeněk Mlynár, enger Vertrauter von Alexander Dubcek, 1993/94 in Prag, in Wien und in Moskau geführt hatten. Der Titel des Buches lautete: „Reformer pflegen nicht glücklich zu sein. Dialog über Perestroika, Prager Frühling und Sozialismus“. Die Herausgabe

des Buches in Tschechien war von einer Stiftung in den USA besorgt worden. 2003 erschien es auch in den USA. Beide Gesprächspartner kannten sich vom Studium 1951 bis 1955 an der Lomonossow-Universität in Moskau.

Herausgeber und Übersetzer Klaus Kukuk, der in Prag studiert hatte und 1968 an der Prager DDR-Botschaft tätig war, kannte Zdeněk Mlynár persönlich. Er wurde auf das Buch dadurch aufmerksam, dass der Dialog zwischen Gorbatschow und Mlynár bisweilen zitiert wurde. Das Buch selbst war kaum bekannt, weil es nur in einer winzigen Auflage für den akademischen Betrieb erschienen war. In einem Prager Antiquariat konnte die tschechische Ausgabe schließlich von Kukuk aufgespürt werden.

In dem gemeinsam mit Frank Schumann verfassten Vorwort wird zutreffend festgestellt, dass Gorbatschow kein Antikommunist und vorsätzlicher Verräter des Sozialismus war. Das ihm zugeschriebene Zitat, er sei 1985 angetreten, um den Kommunismus abzuschaffen, habe er nie bestätigt, aber auch nicht dementiert. In den drei Gesprächen bewertet Gorbatschow das sowjetische Modell zu Recht als Sackgasse. Er habe dies von seinen Deformationen, Unzulänglichkeiten befreien, nicht aber abschaffen wollen. Die Lauterkeit seiner Intentionen sei ihm so wenig abzusprechen wie seine Unfähigkeit, dies auch zu bewerkstelligen, heißt es im Vorwort. Aus seiner Perestroika, was so viel wie Umbau heißt, sei letztlich ein Abriss geworden. Im Vorwort wird Gorbatschow eine kindliche Naivität und auch ein gerütteltes Maß an Eitelkeit bestätigt.

Dieses Buch ist ein einzigartiges historisches Zeugnis. Es bietet Einblick in das Denken der Reformer 1968 in Prag und in Moskau ab 1985 bis 1991. Schlagworte wie „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ sowie „Glasnost“ und „Perestroika“ verdecken die fehlende theoretische Substanz. Der Analyse des „realen Sozialismus“ mangelt es an Tiefgang und Differenziertheit. Gorbatschow rühmt sich, die „totalitäre Macht“ beseitigt sowie die „Freiheit der Wahl“ und „demokratischen Pluralismus“ möglich gemacht zu haben, was für den von Demokratie untrennbaren Sozialismus die Hauptsache sei. Für Mlynár war das „sowjetische System einfach eine reaktionäre totalitäre Macht“. Das sind gewiss keine marxistischen Analyseansätze. Nur an einer Stelle spricht Gorbatschow den Umstand an, dass es in der Sowjetunion „nur das staatliche Eigentum“ gab. An dieser Stelle hätte er aber daran erinnern müssen, dass Marx als Ziel des Sozialismus das gesellschaftliche Eigentum bzw. das Gemeineigentum benannt hatte. Wusste KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow das nicht? Erst im Frühjahr 1991 nahm Gorbatschow Kurs auf die Reformierung der UdSSR. Eine Korrektur der Verfassung von 1977 erfolgte nicht. In ihr war irrtümlich davon die Rede, dass die Völker der UdSSR zum einheitlichen Sowjetvolk verschmolzen seien. Im Ergebnis der Industrialisierung waren jedoch die Nationen in der UdSSR aufgeblüht. So war es ganz natürlich, dass diese Nationen nicht länger ein bloßes Anhängsel des Moskauer Dirigismus sein wollten. Gorbatschows Vorstoß in Richtung Schaffung einer

Konföderation souveräner Staaten kam Jahre zu spät. Bei seinem Machtantritt versuchte Gorbatschow die wirtschaftliche Stagnation durch die Verkündung der „Beschleunigung“ zu überwinden. Da er aber zunächst an der Breshnewschen Politik der Herstellung des militärisch-strategischen Gleichgewichts mit der NATO festhielt, was die VR China immer zu vermeiden wusste, fehlten die Mittel für die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der zivilen Wirtschaft. Das Ergebnis dieser Politik war, dass es wirtschaftlich in der UdSSR immer weiter bergab ging. Der erträumte zivilisatorische Übergang auf der Grundlage allgemein menschlicher Werte fand nicht statt. Gorbatschow wurde zu einer tragischen Figur der Geschichte.

Siegfried Prokop

Kultur und Kulturpolitik der DDR

Gerd Dietrich, Kulturgeschichte der DDR, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2018, 3 Bde., 2429 Seiten, 120 Euro (e-book: 99,99 Euro)

Die DDR und ihre Kultur werden in bundesdeutschen Medien und oft sogar in der Wissenschaft mit pauschalisierenden Klischees aus dem Kalten Krieg beschrieben, die diese an hegemonialen Dünkel noch überragen. Es fehlt die damals vorhandene Neugier eines Teils der bundesdeutschen Gesellschaft, das Andere in dem Staatsgebilde zu entdecken, das aus denselben historischen Wurzeln erwachsen war wie das eigene. Es fehlt die normale Haltung der Offenheit,

die der Reisende heute weitaus exotischeren Reisezielen entgegenbringt und die der Sozialwissenschaftler z. B. einem bislang unentdeckten Indianerstamm entgegenzubringen gehalten ist. So wurde den dramatischen Lebensveränderungen der DDR-Frau, die in den neunziger Jahren ihres Arbeitsplatzes verlustig ging, weit weniger Aufmerksamkeit zuteil als der muslimischen Frau mit dem Kopftuch.

Für alle historischen Epochen Deutschlands bis 1945, selbst für die Nazizeit, entdecken Medien und Wissenschaft immer wieder auch Züge normalen Alltags. In der DDR hat es ihn scheinbar nicht gegeben – hier werden die gesamten Lebensverhältnisse essentialistisch mit der „Diktatur“ in Verbindung gebracht. Wer sich nicht demonstrativ der Bundesrepublik zuwandte, gilt als „nützlicher Idiot“ der Diktatur. An diesen Konstanten ändern die aktuell modischen Versuche, die „Leistungen der Menschen“ zu würdigen, die in der DDR gelebt und gearbeitet haben oder einzelne Anerkennungen wie der Deutsche Filmpreis für Andreas Dresens Film „Gundermann“ nur wenig.

Eine korrektere, modernere Sozialwissenschaft entsprechende Orientierung vermittelt die opulente „Kulturgeschichte der DDR“ von Gerd Dietrich, der zu den wenigen DDR-Historikern gehört, die nach 1989 ein Lehramt ausüben konnten. Nach Aussage des Autors handelt es sich um ein Nachschlagewerk, das der „Großideologisierung der Geschichte“ entgegenwirken will, die ja nichts anderes betreibt als seinerzeit die Feinddiagnostiker der SED. (XIX) Und es will beitragen zur Überwindung erstarrter

„moralischer Raster“ des Erinnerungsgedächtnisses, wonach die Stasi wichtiger war als die Kinderkrippen. (XIII) Ausgehend vom breiten, die gesamten Lebensverhältnisse einbeziehenden Kulturbegriff, beschreibt Dietrich die DDR als historisch zu differenzierendes Gebilde. Obwohl sie durchaus eine Diktatur gewesen sei, ordnet er sie nicht dem gängigen pauschalisierenden Diktaturbegriff zu. Vielmehr legt er es darauf an, ihre – trotz ihres Scheiterns – vorhandenen demokratischen und emanzipatorischen Züge kenntlich zu machen, für die die Arbeiterbewegung lange gekämpft hatte: die Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols, die Gleichberechtigung der Frauen und ihre Einbeziehung ins Arbeitsleben, die sozialen Sicherheiten.

Schon mit dem Coverfoto, das sowjetische Soldaten zeigt, die im Juli 1945 die durch Holzverkleidung vor Kriegsschäden geschützten Statuen von Goethe und Schiller vor dem Theater in Weimar frei legen, wird auf einen oft vergessenen Zusammenhang verwiesen. Der Autoritarismus, der in der DDR regierte, war ganz wesentlich abhängig von Direktiven, die die östliche Siegermacht oktroyierte. Weil die aus sowjetischem Exil kommende kommunistische Elite ihre Macht weder selbst erkämpft noch demokratisch errungen hatte und sich angesichts der wirtschaftlich und kulturell attraktiveren BRD nie ganz sicher im Sattel fühlte, änderte sich an dieser Abhängigkeit nur wenig, als die Sowjetunion 1949 formal ihre Vormundschaft auch in den Kulturinstitutionen aufgab. Dietrich führt im ersten Teil das scheinbare Paradox vor, dass die Kulturpolitik unter der

Ägide der Besatzungsmacht liberaler war als die der späteren Kulturfunktionäre der DDR – weil Stalin zunächst keinen sozialistischen Separatstaat, sondern ein neutralisiertes Gesamtdeutschland anstrebte. So wurden in der SBZ auch weitreichende Angebote an Autoren gemacht, die in bürgerlich-humanistischer Tradition standen. Zugleich blühte eine avancierte Kultur des Jazz, obwohl sie in der Sowjetunion seit 1946 brutal unterdrückt wurde. In der SBZ jedoch konnten 1948 die – seit 1917 – ersten deutschen Jazzplatten mit schwarzen Musikern gepresst werden (231). Und zu allgemeiner Überraschung gewann bei einem anonymisierten Wettbewerb um die beste Jazzaufnahme 1951 in Paris das Stück „Cherokee“, gespielt vom Orchester des Mitteldeutschen Rundfunks Leipzig unter Kurt Henkels. Dass zur selben Zeit in der DDR bereits scharf gegen die „amerikanische Affenkultur“ gekämpft wurde, lag an der sich verschärfenden Systemkonkurrenz (237). Dietrich versäumt jedoch nicht, darauf hinzuweisen, dass kulturkonservative Kräfte im Westen damals ebenfalls den Jazz wieder verdrängen wollten. Damit ist ein weiteres methodisches Desiderat an künftige Kulturgeschichtsschreibung angezeigt: Um zu nüchterneren Bewertungen zu kommen, sollten häufiger synchronische Vergleiche der Entwicklung in beiden Systemen erstellt werden.

Dietrich zeichnet nach, dass der Kulturkampf gegen westliche Einflüsse eine mal mehr, mal weniger spürbare Konstante blieb, die oft in allmähliches Nachgeben mündete, weil es eine Lücke im ideologischen Gefüge der Kulturpolitiker der frühen DDR

gab. Ihnen fehlte das Bewusstsein, dass die moderne Arbeitswelt kulturelle Bedürfnisse entfesselte, die weder mit dem Rückgriff auf die traditionelle Arbeiterkulturbewegung oder mit der in ganz Osteuropa stattfindenden Belebung vorkapitalistischer Folklore (z. B. Volkstanzgruppen) nicht zu befriedigen waren und auch nicht mit dem hehren Ziel, die Volksmassen auf das Niveau der bürgerlich-humanistischen Kultur zu heben. Der letztere, unter dem Stichwort: „Gebildete Nation“ zusammenzufassende Strang der Kultur der DDR war während ihres ganzen Bestehens nicht nur staatlicherseits hoch subventioniert, sondern erhielt auch jeweils 10 Pfennige aus jedem Eintrittsticket zur schließlich doch breit entwickelten Unterhaltungskultur. Diese musste sich selbst tragen.

Aus der Spannung zwischen der oft unfreiwilligen Öffnung zur westlichen Massenkultur und dem – den Künstlern vorgegebenen – Ziel, die Kultur einer Gesellschaft zu entwickeln, die sich als Arbeitsgesellschaft definierte, sind auch viele genuine Kulturleistungen hervorgegangen.

Die oben angesprochenen Beispiele aus dem 1. Teil: „Kultur in der Übergangsgesellschaft (1945-1957)“ zeigen, dass die verschiedenen Etappen der kulturellen Entwicklung der DDR nicht als gradliniges autoritäres Durchgieren einer kulturpolitischen Linie verstanden werden können, sondern nur von ihrer Vielschichtigkeit her, die von inneren und äußeren Widersprüche geprägt war, welche wiederum Bewegung generierten – und das nicht nur durch einige vom Westen anerkannte, mehr oder weniger dissidentische Künstler. Eine gro-

ße, wenn nicht die größte Anzahl von Kulturschaffenden aller Sparten – bis hin zum Sport – verstand sich im einen oder anderen Sinne als Sozialisten, die sich in ständigem Ringen mit der Kulturbürokratie befanden. Denn es kam nicht infrage, den Grundwiderspruch zwischen dem behaupteten radikalen Emanzipationsziel und der Gängelung der Kultur aufzulösen. Das wird am deutlichsten sichtbar, wenn eine plötzliche Neuorientierung der kulturpolitischen Leitlinien durchgesetzt werden sollte wie z. B. beim berühmten 11. Plenum 1965. Hier jedoch sei der Rezensentin die Bemerkung erlaubt, dass es sich letztlich um den Kampf um Finanzierungen und Markzugänge handelte, der – freilich geschickter verschleiert – auch in westlichen Gesellschaften vom gesellschaftlichen Hegemon dominiert wird.

Auch im 2. Teil: „Kultur in der Bildungsgesellschaft (1957-1976)“ und im 3. Teil: „Kultur in der Konsumgesellschaft (1977-1990)“ verweist Dietrich detailreich nicht nur auf die inhaltlichen Entwicklungen in Kultur und Kulturpolitik, sondern stets auch auf die materielle und institutionelle Situation der Kultur im Gesamtzusammenhang des Systems, d. h. mit den wirtschaftlichen und politischen Koordinaten. Seine Arbeit übertrifft damit den eigenen Anspruch, nur ein Handbuch zu sein, und wird hoffentlich nicht nur von der Wissenschaft, sondern auch von Medienarbeitern wahrgenommen.

Sabine Kebir

Pakistanisch-chinesische „Allwetter-Freundschaft“

Angela Stanzel, Die Volkrepublik China als Akteur im heutigen Pakistan, Verlag Dr. Köster, Berlin 2013, 340 S., 29,80 Euro.

Die Promotionsarbeit von Angela Stanzel „Die Volkrepublik China als Akteur im heutigen Pakistan“ behandelt die in den Medien breit diskutierte Politik der VR China bezüglich Pakistan. Während Pakistan die VR China als einen „Allwetter Freund“ eingestuft hat, unabhängig davon, ob in der Islamischen Republik Pakistan ein diktatorisches Militärregime (sie haben das Land insgesamt 33 Jahre direkt regiert, 29) oder eine zivile Regierung herrschte, hat China das südasiatische Land als einen strategischen Korridor für die Umsetzung seiner globalen „Neuen Seidenstraße“ an sich gebunden. Dort wurden Infrastrukturvorhaben finanziert und der pakistanische Hafen „Gwadar“ am Indischen Ozean ausgebaut, der damit den handelspolitischen Bedürfnissen Chinas angepasst wurde. Die Volksrepublik ist neben dem IWF einer der Hauptgeldgeber Pakistans, weswegen sich seine westlichen Verbündeten Sorgen um die Souveränität des Landes machen.

Obwohl in den Anfängen des kalten Krieges vom pakistanischen Flughafen in Peshāwar US-Spionageflugzeuge in Richtung VR China starteten, hat es zwischen China und Pakistan sehr früh eine politische und militärische Zusammenarbeit gegeben. Bereits im Jahr 1956 habe der pakistanische Premierminister Sulawadi – es dürfte sich um Huseyn Shaheed Suhrawardy, der vom 12. Sep-

tember 1956 bis zum 17. Oktober 1957 Premierminister Pakistans war, handeln. Einen Sulawadi hat es nie gegeben –, die VR China und der chinesische Ministerpräsident Tschou En-lai Pakistan besucht. Dabei ging es um das militärische Einkreisen der Republik Indien. Denn es gab sowohl wegen des Kaschmir-Konflikts zwischen Pakistan, Indien und der VR China als auch wegen des Verlaufs der Grenze mit Indien sowie in der Tibet-Frage zwischen China und Indien Spannungen. Diese Länder haben diesbezüglich mehrfach Kriege geführt (19). Teile des indischen Territoriums und des Kaschmirs sind immer noch von der VR China besetzt. Deshalb haben Pakistan und Indien zwischen 10.000 und 20.000 Soldaten an der gemeinsamen Grenze stationiert (133). Auch die eindeutige Westorientierung der pakistanischen Außen- und Militärpolitik im Rahmen des Bagdad-Paktes war für die VR China kein Hindernis, enge Beziehungen zu Pakistan zu pflegen. Als es 1978 in Afghanistan zu einer Revolution kam, unterstützten Pakistan und China gemeinsam mit den westlichen Ländern und islamischen arabischen Scheichtümern die afghanischen Islamistischen Terrorgruppen, die sich Mujaheddin nannten. Als Ende Dezember 1979 die Sowjetunion in Afghanistan intervenierte, wurde die Kooperation weiter vertieft, die chinesische Regierung schickte sogar die muslimischen Uiguren nach Pakistan, damit sie auf der Seite der Mujaheddin gegen die afghanische und die sowjetischen Truppen kämpfen. Auch afghanische Mujaheddin wurden in der von Uiguren bewohnten Provinz Xinjiang militärisch ausgebildet

(234). „Zwischen 1979 und 1984 erhielt Pakistan jährlich militärische Hilfen im Wert von durchschnittlich 300 Millionen US-Dollar von der Volksrepublik und von den USA“ (48). Bis zum Jahr 1995, nachdem die Taliban 1994 nach Afghanistan einmarschiert waren, erhielten diese Ultraslamisten „wirtschaftliche, humanitäre und militärische“ (235) Hilfe von der VR China. Auch die chinesische Militärhilfe an Pakistan wurde „auf etwa 700 Millionen US-Dollar erhöht“ (48). Die chinesische Seite ging noch einen Schritt weiter. Sie unterzeichnete im Herbst 1986 mit Pakistan „eine umfassende Kooperation im Nuklearen Bereich“ (51). Im Februar 2008 wurde der Militärmachthaber Pakistans, der Putschistengeneral Parwiz Musharraf, als „ein enger Partner und Freund der Volksrepublik China“ (54) in Peking empfangen. Im Juli 2010 ist dann während des fünften Besuchs des pakistanischen Präsidenten Ali Zardari in China „der Bau weiterer Atomkraftwerke (Chasma III und IV) vereinbart“ worden (55).

Die Autorin analysiert minuziös fast das gesamte Spektrum der chinesisch-pakistanischen Beziehungen auch im Kontext mit der US-amerikanischen Afghanistan-Politik. Sie geht auf die innerafghanischen politischen Verhältnisse, die zu der Militärintervention der Sowjetunion Ende des Jahres 1979 geführt hatten, ein. Die Autorin behauptet, ohne dies zu belegen, dass die außenpolitische Orientierung des afghanischen Präsidenten Hafuzullah Amin auf die USA und Pakistan die sowjetische Militärintervention verursacht hätte (216). Sie kennt leider die unlängst zugänglichen vertraulichen Protokolle des Zentralkomitees der

Kommunistischen Partei der Sowjetunion (ZK der KPdSU) nicht, aus denen hervorgeht, dass die afghanische Regierung insgesamt 21 Mal die Sowjetunion um Militärbeistand, zuletzt am 17. Dezember 1979, gebeten hatte. Darüber hinaus ist ihr offensichtlich nicht bekannt, dass ein Umsturz der afghanischen Regierung mit Hilfe der USA und Pakistans bevorstand. Es trifft auch nicht zu, dass im April 1992, als die Milizen des Islamisten Burhanuddin Rabbani und sein Milizenführer Ahmad Schah Masud sowie die Truppen des usbekischen Milizenführer Abdul Raschid Dostum die afghanischen Hauptstadt Kabul eingenommen haben, den Präsidenten Dr. Nadjibullah entmachtet hätten (225). Nadjibullah war schon vorher in die Kabuler UN-Vertretung geflüchtet und wurde 1996 mit seinem Bruder durch die Taliban bestialisch hingerichtet.

Abgesehen von einigen Schönheitsfehlern (Wiederholungen, 181 und 191) sowie etwas umständlichen Formulierungen ist die Arbeit von Angela Stanzel sehr zu empfehlen. Hilfreich ist ihr Index. Hier hätte auch ein Personenindex zur besseren Orientierung des Lesers beigetragen.

Matin Baraki

Friedliche Koexistenz oder neuer heißer Krieg?

Jonathan Holslag, Frieden auf Chinesisch. Warum in Asien Krieg droht, Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2015, 289 S., 17,00 Euro.

Droht in absehbarer Zeit tatsächlich ein Krieg in Asien? Oder ist dies eher die Annahme eines besorgten Wissenschaftlers?

Nach dem Lesen des Buches von Prof. Jonathan Holslag gewinnt man den Eindruck, dass ein Angriffskrieg der USA gegen die Volksrepublik China ziemlich sicher scheint. Mir ist eine fast zwanzig Jahre alte CIA-Studie bekannt, in der China als der Feind Nr. 1 der USA eingestuft wurde. Vor etwa zehn Jahren schrieb der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger einen ausführlichen Beitrag in der Springer Zeitung „Die Welt“ unter dem Titel: „Was würden die Verbündeten tun, wenn wir mit einem Krieg gegen China beginnen würden?“ Vor nicht allzu langer Zeit konstatierte der US-Globalstrategie Zbigniew Brezinski sinngemäß, dass die Sonne der USA am Sinken sei. Nun käme es darauf an, den Prozess des Untergangs in die Länge zu ziehen. Es wird von keinem ernst zu nehmenden Kenner der Weltlage bestritten, dass die VR China mittelfristig die USA als größte Wirtschaftsmacht ablösen wird. In den letzten 500 Jahren, in denen eine Großmacht von einem Rivalen herausgefordert wurde, ist es in 12 von insgesamt 16 Fällen zum Krieg gekommen, so stellt es Graham Allison in seinem Buch „Destined for War. Can America and China Escape Thucydides’s Trap?“, fest. Würden wir diese Fakten zugrunde legen, wäre ein US-Krieg gegen China als unvermeidlich anzunehmen. „Mir ist bewusst, dass man dieses Buch für zynisch halten kann: zynisch, weil es den Krieg zwischen Großmächten als unausweichliche Tragödie hinzunehmen scheint“ (11), betont Jonathan Holslag. In den letzten drei Kapiteln beschreibt er, dass China dabei ist, seine „wirtschaftliche und militärische Expansion voranzutreiben“ (187–255). Doch die USA wer-

den weder ihre Privilegien aufgeben noch sich von ihrem Rivalen dominieren lassen. Daher werden sie „in einen bewaffneten Konflikt mit ihrem wichtigsten Herausforderer geraten“ (20). In der Tat strebe die VR China an, „ein Imperium durch ein anderes zu ersetzen“ (23).

Auf Seite 58 ff. behandelt der Autor ausführlich die allgemein bekannte Geschichte der Beziehungen der VR China zu den USA, den ASEAN-Staaten, Taiwan, Korea und Japan (96 ff. und 114 ff.). Dabei empfiehlt er, sein Buch „zu Herzen zu nehmen“ (24). Bezüglich der aktuellen Außenpolitik Chinas, vor allem im pazifischen Raum, spricht er von einer „trägerischen Harmonie“ (160 ff.). Während die VR China das Süd-Chinesische Meer am Pazifik als ihren Hinterhof betrachtet und dort künstliche Inseln errichtet, erheben die USA den Anspruch, die pazifische Macht zu sein. Diese Konstellation birgt die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in sich.

Eine straffere Behandlung des interessanten und aktuellen Themas hätte dem Buch gutgetan.

Matin Baraki

Der Ältestenrat

Die Weisheit der Partei. Ein Abriss der Geschichte des Ältestenrats der Linken, von Jochen Weichold, mit einem Vorwort von Dagmar Enkelmann. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2018, 163 S., kostenlose Abgabe

Die vorliegende Broschüre über die Geschichte des Ältestenrates dient der Erinnerung an die politische Wende-

zeit. In der Nachfolge der SED wurde die PDS gegründet. Das ist alles noch nicht lange her.

Schon im Dezember 1989 wurde ein Rat der Alten ins Leben gerufen, um die Geschichte von DDR und SED aufzuarbeiten und zugleich die Veränderungsprozesse zu begleiten. Hans Modrow gehörte von Anfang an zu den Unterstützern des Rates und ist seit 2007 – der Verankerung des Ältestenrates in der Satzung der LINKEN – dessen Vorsitzender. Es galt, die Chance für Veränderung zu ergreifen, ohne die Vorstellung von einer gerechten und friedlichen Welt aufzugeben. Die Gründungsmitglieder des „Rates der Alten“ waren davon überzeugt, dass es notwendig sei, eine Alternative zu einem System zu entwickeln, das die Völker in zwei Weltkriege gestürzt hatte, das Atomwaffen zur Vernichtung der Menschheit entwickelt und einsetzt, das unzählige Menschen in Dauerarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und soziale Not stürzt und das die begrenzten Ressourcen vergeudet. Zu den ersten Mitgliedern des Rates zählten „Querdenker“ der Partei wie Walter Janka, Karl Schirdewan, Jürgen Kuczynski, Stephan Hermlin, Markus Wolf oder Moritz Mebel; und später dann Edith Graw, Oskar Fischer oder Stefan Dornberg. Bis heute verstehen sich die Mitglieder des seit 1991 so genannten Ältestenrats als Mahner und kritische Ratgeber der Partei. Viele Fragen mit denen sich der Ältestenrat beschäftigt hat sind bis heute – nach fast 30 Jahren – aktuell. Dazu gehören Fragen nach dem Platz der LINKEN im politischen System der Bundesrepublik und deren Beziehung zu Europa ebenso wie Fragen der ostdeutschen Ge-

genwart oder die nach einer friedlichen Zukunft. Immer wieder wurde vom Ältestenrat eine grundsätzliche strategische Debatte angemahnt, die im Kern eine demokratische und sozialistische Perspektive enthalten muss.

Der Ältestenrat wurde auf Beschluss des Erfurter Parteitages 2011 in die Satzung der LINKEN aufgenommen. Der Ältestenrat hat es sich und anderen nie bequem gemacht. Umso wichtiger ist es, dass der Ältestenrat einen festen Platz in den Debatten des Parteivorstandes, der Parteitage und vor allem der Parteibasis hat.

Die Kontroversen innerhalb der Partei als auch im Ältestenrat und zwischen Partei und Ältestenrat dienen der sachlich begründeten Meinungsvielfalt. Sie dürfen niemals diffamierend sein, und müssen letztlich zu einer politischen Position zusammengefasst und zu gemeinsamem Handeln führen. Unter Berücksichtigung der historischen Erfahrung sollen Einheit und Geschlossenheit nicht erzwungen werden. Fehlt jedoch jegliche grundsätzliche Übereinstimmung, so habe dies zerstörerische Wirkung; „Wir brauchen Meinungsvielfalt und gemeinsames Handeln“. (Erklärung des Rates der Alten, undatiert Nov./Dez. 1991) Wir brauchen Pluralismus und Toleranz.

Um konkrete Aufgaben durchzusetzen und sozial gerechte Veränderungen herbeizuführen, muss die parlamentarische Tätigkeit mit einem stärker werdenden außerparlamentarischen Druck verbunden werden. Noch immer gilt für eine Strategiedebatte, historische Erfahrungen – positive wie negative – zu nutzen, d.h. Erfahrungen der Nachkriegszeit und der

letzten 30 Jahre aufzuarbeiten und die gegenwärtigen Konflikte umfassend zu analysieren. Der Ältestenrat konstatiert dabei eine Zäsur in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, die die Lebenschancen der Menschen auf dieser Erde zerstören könnte.

Grundsätzliche Positionen in den Debatten des Ältestenrates betreffen folgende Punkte: Der Ältestenrat setzt sich für eine Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik ein, die vor allem militärische Aufrüstung und den Rüstungsexport beendet. Die Schärfe der Bedrohungen und die wachsende Rolle des deutschen Militarismus, die Erhöhung des Militäretats oder das Streben nach einer Europaarmee verstärken die Spannungen. Ziel sollte vielmehr sein, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen; dies gilt insbesondere für die Beziehungen zu Russland. Die Politik, für die sich der Ältestenrat einsetzt, ist auf Dialog statt Konfrontation gerichtet.

Eine Politik, die den kulturellen und sozialen Zusammenhalt und eine demokratische Entwicklung fördert, bedarf als zwingende Voraussetzung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem real existierenden Kapitalismus und ein unverwechselbares sozialistisches Profil. Um Maßnahmen gegen Armutsrisiken, Arbeitslosigkeit, gegen prekäre Beschäftigung und erniedrigende Arbeitsverhältnisse und für Mindeststandards zu entwickeln, bedarf es einer grundsätzlichen Kritik des Kapitalismus und Neoliberalismus und der Abkehr von der Austeritätspolitik mit all ihren verheerenden Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Menschen (Wohnen, Gesundheit, Bildung etc.)

Der Kampf gegen die Rechtsentwicklung ist zu verbinden mit dem Ausbau der sozialen Demokratie. Unter dem Regime des Neoliberalismus entstehen für die Menschen Unsicherheiten. Sie erleben, dass die Demokratie immer mehr verächtlich gemacht und abgebaut wird und sie die Kontrolle über ihr Leben verlieren. Diese Entwicklungen sind Wasser auf die Mühlen rechtspopulistischer und chauvinistischer Kräfte, denen es gelingt, von den wahren Ursachen dieser Fehlentwicklungen abzulenken und sie Migranten und Migrantinnen anzulasten. Gerade deswegen sollte die Frage der Migration jedoch nicht zum Kernthema der politischen Auseinandersetzung gemacht werden; vielmehr gilt es, so der Ältestenrat, die Fluchtursachen auf den Kern der herrschenden Politik zurückzuführen und diese Politik zu bekämpfen. (Handels- und Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Ausbeutung von Menschen und Natur sowie eine globale Friedenspolitik.)

Die Linkskräfte in der Europäischen Union, allen voran die Europäische Linke, müssen sich nach Auffassung des Ältestenrates den brennenden Herausforderungen stellen, ihre Kräfte formieren und gemeinsam Wege aus der Krise der EU suchen. Wird die EU weiter ein Hort des Neoliberalismus sein und zugleich immer deutlicher zu einer Militärmacht ausgebaut oder wird sie als Zivilmacht in Erscheinung treten? Dies hängt entscheidend davon ab, ob die Menschen in den EU-Ländern mit ihren politischen Bewegungen, ihren fortschrittlichen Parteien und Gewerkschaften und der Zivilcourage ihrer Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen nachdrücklich vertreten. Die EU kann nur

überleben, wenn sie sozial, dem Frieden verpflichtet und demokratisch wird.

In den letzten Sitzungen hat sich der Ältestenrat über die Situation in den ostdeutschen Ländern und Aufgaben linker Politik verständigt.

Bei allen Debatten des Ältestenrates wird eine antikapitalistische und auf einen demokratischen und sozialistischen Kurs ausgerichtete Politik betont. Insgesamt gesehen ist die bisherige Arbeit des Ältestenrates durch eine grundsätzlich konstruktiv-kritische und von gegenseitiger Achtung gekennzeichnete Atmosphäre geprägt.

Dazu liegen in neuerer Zeit Diskussionsbeiträge des Ältestenrates vor: „Ansatzpunkte für eine antikapitalistische EU-Politik“ und „Anmerkungen zum Wahlprogramm für die Europawahl 2019“ sowie Gedanken „Zur Situation in den ostdeutschen Ländern und zu den Aufgaben linker Politik“.

Ursula Schumm-Garling

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Jürgen Leibiger, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Stefan Bollinger, Dominik Feldmann, Jörg Goldberg, André Leisewitz, John Lütten, Patrick Ölkrug, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Bei Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC; HELADEF1822. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilage des Mangroven-Verlages Kassel.

Redaktionsschluss: 1.8.2019.